

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 33 / 29. SEPTEMBER 23

FÜR ALLES, WAS RECHT
UND GERECHT IST.

DANIEL JOSITSCH

AM 22. OKTOBER
WIEDER IN DEN
STÄNDERAT.

ZUSAMMEN MIT DANIEL LEUPI

SP LISTE 2 IN DEN NATIONALRAT.



SP

WIR
ERGREIFEN
PARTEI.

Mit LOOP

ZÜRICH-LEIMBACH

Können wir es uns leisten, unberührte Natur zu verbauen?

SEITE 15

SERVICE PUBLIC

Gleiche Arbeit, gleiche Leistung, weniger Lohn

S. 17

IM GESPRÄCH

«Die Freier sind Ehemänner, Väter und Söhne»

S. 12 - 13

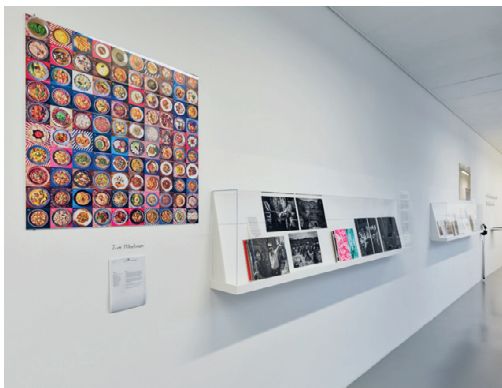
«MENSCH, DU HAST RECHT!»

Begnadetes Arrangement von Inhalt und Form

S. 22

Diaspora

Clara Bolin und Yulia Fisch untersuchen anhand von neun Fotobüchern aus aller Welt, wie Fotograf:innen, Künstler:innen und Historiker:innen das Lichtbild dazu verwenden, um den Wesenskern einer Diaspora festzuhalten und über welche Schwierigkeiten sie gegebenenfalls zu stolpern im Begriff sind. Im Vergleich zur bereits schieren Unmöglichkeit von hierzulande Geborenen, den Begriff der Heimat in eine Einhelligkeit zu überführen, potenziert sich bei kulturell, religiös oder familiär miteinander verbunden empfundenen Personen in einer geographischen und/oder zeitlichen Fremde nochmals um ein Vielfaches, was kaum je umfassend befriedigend divers und deswegen trefflich abbildbar zu sein scheint. Wenn



(Bild: Georg Aerni)

überhaupt, sind Antworten höchstens mehrdimensional möglich, was bereits wieder eine Vielzahl von neuen Herausforderungen an die rein technische Reproduktion stellt. *froh.*

«Wege und Wandel – Bilder aus der Diaspora», bis 28.1.24, Passerelle der Fotobibliothek, Fotostiftung Schweiz, Winterthur.

Ohne Worte

Es gibt Augenblicke, in denen die Gleichzeitigkeit einer Vielfalt an Emotionen jede Bemühung um eine treffliche Wortfindung dafür verhindert. Daraus kann eine Ohnmacht erwachsen oder für Virtuos:innen des Ausdrucks mit anderen Mitteln – Bildende Kunst, Tanz, Musik – eine regelrechte Sternstunde. Nach ihren Anfängen als Schlagzeugerin von «We-mean» Anfang der 1990er-Jahre, die gemäss Eigendeklaration ihre Grrrlism-Wut «rotzfrech» in Punkmanier in die Welt hinaus posaunten, tourte Sabine Leone im Duo mit ihrer Schwester Patrizia und in der Folge wechselnden Formationen entlang der Kippe



(Bild: Tom Huber)

des Existenzminimums. Auf Ausflüge als Theatermusikerin und Filmvertonerin folgten Studien in im Detail verschiedenen Sparten, Hauptsache, sie raffinierten das Vermögen, ihre «Musik im Kopf» zu materialisieren. Das erste Soloalbum erschien in den Nullerjahren, also ist es wieder an der Zeit für eine Veröffentlichung ihrer Klangmagie. *froh.*

Sabine Leone: «Héloïse», Sa, 30.9., 20.30h, Aglophon, Regensburg.

Fragen stellen

Eigentümliche Denkkonstrukte, lapidare Klischeeverkürzungen oder Schattenphänomene von Ruhm – Margrit Sprecher (*1936) interessiert sich für alles Menschliche und lässt ihre anscheinend grenzenlose Wissbegier von nichts einschränken. Dabei wurde sie vor zwanzig Jahren offiziell pensioniert, was sie aber als Ausweitung ihrer Närrinnenfreiheit interpretierte, die Welt und ihre Phänomene nur noch tiefer schürfend zu ergründen.



Margrit Sprecher (Bild: zVg)

«Vielleicht liegen meine besten Reportagen noch vor mir», sagte sie während der Verleihung eines Swiss Press Awards für ihre Lebensleistung, was weniger als Ausdruck eitler Koketterie sondern vielmehr eines aufrichtigen inneren Antriebs, begreifen zu wollen, zu verstehen ist. In «Drei mal Zürich von unten» lesen Graziella Rossi und Helmut Vogel aus ihren unzählbaren Reportagen, während sich die «Königin der Reportage» (Thomas Hürlimann) mit der Moderation bescheidet. *froh.*

Margrit Sprecher: «Drei mal Zürich von unten», So, 1.10., 18h, Theater Ticino, Wädenswil.

Vogelstation

Bis zu fünfmal so viele Einwohner wie die Schweiz zählt die Metropolregion Delhi, je nachdem was alles auch noch dazugezählt wird. Entsprechend problematisch ist die Schadstoffbelastung der Luft, was regelmässig Wildvögel wie Schwarzmilane oder Geier in apokalyptisch wirkenden Manövern offenbar in beängstigend grosser Zahl halbtot vom Himmel fallen lässt. Shaunak Sen filmt in «All that breathes» zwei Brüder, die sich in einem improvisierten Kellerspital dieser Tiere annehmen und

sie pflegen, so gut es eben geht. Eingerichtet haben sie ihr Ambulatorium überhaupt erst, nachdem sie mit ihrem allerersten Fund in der offiziellen Tierklinik abgewiesen worden waren, weil das fleisch-



fressende Tier in einer hinduistischen Deutung als unrein gilt und in einer nationalistischen Überhöhung deshalb als muslimisches Feindbild herhalten muss, was wiederum zu regelrechten Bedrohungen der Helfer führt. *froh.*

«All that breathes», Sonntagsmatinée, 1. bis 29.10., 12h, Kino Xenix, Zürich.

(Rück-)Eroberung

Der Soundtrack des Lebens mit all seinen Codes entspricht für eine feministische Latina wie Daniela Ruocco einander entgegengesetzte Aggregatzustände: Zugleich Heimat wie komplette Befremdung, weil die Rhythmen des Reggaeton sowohl in die Beine fahren, wie die machohaft Eigeninszenierung der dortigen Helden mit ihren sexistischen Texten für arge Kopfschmerzen sorgen. Widerspruch, Aneignung und (Rück-)Eroberung dieses Narrativs hat sie mit ihrer Performance «En mi imperio perreo sola» im Sinn. Kraftvoll-energisches bleibend, aber konstruktiv universell statt ausschliessend und erniedrigend, sollen Sound und Habitus in eine positive Konnotation überführt werden, die die empfundene wie die ausgesandte Lebensenergie als in sich stimmig wahrzunehmen ermöglicht. Die positive Provokationslust muss derweil nicht zwingend abhandeln kommen, umso mehr indes deren eindimensionale Plumpheit. *froh.*



(Bild: Yoshiko Kusano)

Daniela Ruocco: «En mi imperio perreo sola», Do, 5. bis Sa, 7.10., 20h, Fabriktheater, Zürich.

«Ich würde diesem Gremium noch guttun»

Der Winterthurer Nik Gugger kandidiert für die EVP für den Ständerat. Er sieht sich als Brückenbauer mit einem grossen internationalen und interkulturellen Beziehungsnetz. Dem Ständerat würde seiner Meinung nach etwas mehr Diversität guttun. Warum, erklärt er im Gespräch mit Min Li Marti.



Nik Gugger, Sie kandidieren für die EVP für den Ständerat. Die EVP ist eine kleine Partei, die Chancen sind gering. Ist das vor allem ein Wahlvehikel für die Nationalratswahlen?

Nik Gugger: Nein, die Kandidatur ist mir sehr ernst. Ich bin seit sechs Jahren im Nationalrat, ich habe einen klaren Leistungsausweis und werde als Brückenbauer geschätzt. Das haben mir auch die Medien in einer Umfrage attestiert. Natürlich sind meine Chancen gering, aber man muss es probieren. Wer nichts wagt, der gewinnt nichts. Und natürlich habe ich auch das Ziel, für die EVP das Beste herauszuholen, mein Ziel ist es, dass die EVP einen zweiten Sitz gewinnt.

Die EVP hat im Wahlkampf vor allem Schlagzeilen gemacht, weil sie einen Kandidaten hat, der mit Abstand über das grösste Budget aller Kandidierenden verfügt.

Ich bin sehr dankbar, dass wir so engagierte Kandidierende haben. Wir haben eine 5er-Spitzengruppe, die alles geben wird, um einen Sitz zu gewinnen und das ist für die Partei gut.

In Bern ist die EVP Teil der Mitte-Fraktion: Geht es der EVP überhaupt, unabhängig von der Mitte ein eigenes Profil zu entwickeln?

Die EVP ist sehr erfolgreich. Wir bringen 78 Prozent unserer Vorstösse durch. Und hier spielt die Brückenbauerfunktion, die ich am Anfang angesprochen habe, eine grosse Rolle. Wir haben mit unseren drei Sitzen eine wichtige Stellung sowohl in der Fraktion wie auch im Parlament und sind häufig auch das Zünglein an der Waage. Gleichzeitig verstehe ich unsere Rolle auch ein wenig darin, hier noch etwas den Stachel im Fleisch zu sein, wir sind gerade in sozialpolitischen und ökologischen Fragen fortschrittlicher als die Mitte.

Warum ist die EVP nicht in der Listenverbindung mit Mitte und GLP in Zürich wie in den vergangenen Jahren?

Dies ist Ausdruck unseres Selbstbewusstseins: Wir wollen nicht nur Zudiener sein in einer Listenverbindung, sondern wir könnten ev. aus eigener Kraft einen zweiten Sitz erreichen. In unserer Listenverbindung gibt es auch weitere interessante Listen: Die ethischen Unternehmer:innen und Führungskräfte sowie die Pflerliste. Die Pflege und das ethische Unternehmertum ist mir ein sehr grosses Anliegen. Ich verstehe nicht, warum wir als Gesellschaft diesen wichtigen Berufsgruppen nicht genügend Sorge tragen. Dann sind wir auch in einer Listenverbindung mit der Piratenpartei und zwei weiteren kleinen Parteien.

Einer Ihrer grössten Erfolge im Nationalrat ist eine Motion mit dem Anliegen, unter 16-Jährige vor pornographischen Inhalten im Internet zu schützen. Darin wurden ursprünglich unter anderem Netzsperrungen gefordert. Dagegen ist die Piratenpartei auf die Barrikaden. Und jetzt gibt es ausgerechnet eine Listenverbindung zwischen EVP und Piraten?

Listenverbindungen sind auch taktische Bündnisse und die Piraten erhoffen sich dadurch die Chance auf einen Sitz. Was mir wichtig ist zu betonen: Bei meiner Motion geht es nicht in erster Linie um Netzsperrungen, es hat auch nichts mit Prüderie zu tun. Ich möchte einfach das Bewusstsein für den Jugendschutz in diesem Bereich schärfen. Es kann ja nicht sein, dass es beim Alkohol und Zigarettenverkauf Alterskontrollen gibt, aber bei Pornographie wird nicht hingeschaut. Meine Motion wurde zudem vom Ständerat noch angepasst, so dass nicht mehr Netzsperrungen vorgesehen sind, sondern dass die Provider verpflichtet werden, vor Ort mit den Eltern eine App zu installieren.

Was sind Ihre Erfolge und Schwerpunkte im Nationalrat?

Ich habe mich vor allem im Bereich Biodiversität, Jugendschutz, Cybersecurity und Sozialunternehmertum eingesetzt, dass diese Themen auf der Agenda bleiben. Der EVP war Ökologie immer sehr wichtig, und in Sachen Biodiversität ist die Schweiz nicht gut unterwegs. Denn ich setze mich immer wieder ein für Gerechtigkeit und Menschenwürde, eben auch im Internet. Für mich ist auch das Zwischenmenschliche im Rat wichtig: Ich glaube, ich konnte mir eine gute Stellung erarbeiten und werde von allen Seiten geschätzt.

Sie sind auch Mitglied der aussenpolitischen Kommission: Wo sind da Ihre Schwerpunkte?

Hier könnte man eher von einem grossen Misserfolg reden: Wir haben kein Rahmenabkommen mit der EU und die Zukunft der bilateralen Verträge ist in der Schwebe. Das beelendet mich. Vor allem, weil wir als Parlament auch gar nicht die Gelegenheit erhalten haben, diese Frage zu beraten. Was mich hier vor allem besorgt ist, dass wir nicht Teil von Horizon sind. Der Zugang zur Forschung ist für die Schweiz wichtig und für mich ein Herzensanliegen. Ich habe als Mitglied des Europarats und als Aussenpolitiker auch viele Kontakte mit ausländischen Parlamentarier:innen und Botschafter:innen. Der Schweiz wird vorgeworfen, dass wir einfach Rosinenpickerei betreiben. Und das stösst nicht auf Gegenliebe.

Ihre Schwerpunkte sind gute Beziehungen zu Europa, Biodiversität und Gerechtigkeitsfragen: Passen Sie da überhaupt in einen Ständerat, der doch eher etwas konservativ ist?

Ganz ehrlich: Dem Gremium würde ein Brückenbauer guttun. Schon von meinem Hintergrund her. Der Ständerat braucht mehr Diversität und auch Querdenker. Ich hatte einen Vorstoss, der eine ausserordentliche humanitäre Aktion für Nothilfe beziehende Menschen aus altrechtlichem Asylverfahren forderte. Der Nationalrat hat ihr zugestimmt, im Ständerat wurde sie leider klar abgelehnt. Ich kenne mich: Wäre ich im Ständerat gewesen, hätte ich hier keine Ruhe gegeben und für dieses Anliegen versucht, eine Brücke zu bauen.

STÄNDERATSWAHLEN 2023

P.S. hat die Kandidat:innen von Links bis Mitte dazu befragt, warum gerade sie den Kanton Zürich im Ständerat vertreten sollten. Zum Abschluss der Reihe steht Nik Gugger (EVP) Rede und Antwort.

Der böse Denkmalschutz

An der Doppelsitzung vom Montag standen Themen der Gesundheitsdirektion im Zentrum. Neben den Geschäftsberichten der vier kantonalen Spitäler ging es um zwei Tierschutzinitiativen, um die Kantonsapotheke und um eine systematischere Prävention.

Koni Loepfe

Zunächst stand noch die Wahl in den Bankrat an, die bei den Grünliberalen hinter verschlossenen Türen zu reden gegeben hatte. Für die nach zwölf Jahren zurücktretende Anita Sigg bewarb sich Michael Zeugin, der die interne Nomination knapp verpasste, was ein Grund für seinen abrupten Rücktritt an der ersten Sitzung nach den Sommerferien gewesen sein dürfte. Der erfolgreiche Gregor Kreuzer, der vor allen Digitalfähigkeiten mitbringt, wurde gestern ebenso diskussionslos und pauschal gewählt wie Hans-Ueli Vogt, vor wenigen Monaten noch Sparringpartner von Albert Rösti bei der Ausmarchung um den Bundesratssitz. Die drei vollamtlichen Mitglieder des Bankpräsidiums mussten schriftlich bestätigt werden: Mark Roth (SP) erhielt 155 Stimmen, Jörg Müller-Ganz (FDP) 154 Stimmen und Roger Liebi (SVP) 138 Stimmen.

Roter Faden

Raffaella Fehrs (FDP) Referate zu den vier kantonalen Spitälern (Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich und Psychiatrie Winterthur/Unterland) hatten einen roten Faden: Bei allen ist die finanzielle Situation angespannt, wenn auch nicht gefährlich, Fachpersonal fehlt und das Vorhandene fluktuiert stark. Die finanziell angespannte Situation hat nach Raffaella Fehr und praktisch allen anderen Redner:innen drei Hauptgründe: die zu tiefen Tarife für die ambulanten Eingriffe, die Personalknappheit, die zu höheren Löhnen und zu weniger Einnahmen führt, wenn Betten oder Abteilungen geschlossen werden müssen, die hohen Investitionen in die Gebäude und in die Digitalisierung. Bei den Gebäuden wiesen fast alle darauf hin, dass der Denkmal- und der Heimatschutz nicht nur, aber vor allem beim Universitätsspital zu sehr hohen Zusatzkosten führe. So gibt dieses Spital zur Aufrechterhaltung der alten Gebäude 70 bis 80 Millionen Franken pro Jahr aus. Chan-

tal Galladé (GLP) spitzte es zu folgender Schlussfolgerung zu: «Wir sollten in die Gesundheit und nicht in den Denkmalschutz investieren.»

Die Spitäler sollten einen Ebit von 10 Prozent erreichen. Auf diesen Wert kommt nicht einmal der bisherige Musterknabe Kantonsspital Winterthur, der sich mit der Finanzierung des neuen Gebäudes schwertut. Es ist allen bewusst, dass die Spitäler derzeit keine Chance haben, die erforderliche Rendite zu erzielen. Eine Rendite, die sie umgekehrt dringend benötigen, um ihre Investitionen zu finanzieren. Da kommen die Forderungen des Heimat- und Denkmalschutzes, über deren Wichtigkeit man sich beim Universitätsspital durchaus streiten könnte, als Entschuldigung gerade recht. Beim aktuellen Gejammer geht indes vergessen, dass gerade das Universitätsspital vor wenigen Jahren die Verantwortung und auch die finanzielle Kompetenz für die eigenen Liegenschaften ultimativ verlangte. Wenn die Verantwortlichen über den Zustand der Gebäude, den sie heute dem Kanton vorwerfen, nicht informiert waren und wenn ihnen unbekannt war, dass der Heimatschutz sehr vieles oft mit Erfolg für schützenswert hält, dann sind sie und die Politiker:innen, die die Abtretung absegneten, dafür verantwortlich und kaum der Heimatschutz oder, wie etliche Redner:innen (am lautesten Pierre Dalcher, SVP) am Montag meinten, die Baudirektion, die endlich den Denkmal- und Heimatschutz gesetzlich subito in die Schranken weisen sollte.

Aus den vielen Voten, die sich beim Personal bedankten, stachen die zwei von Ronald Alder (GLP) und Josef Widler (Mitte) heraus. Der GLPler, der beruflich die Interessen der Spitäler vertritt, betonte extrem, dass für die Lösung der Finanzprobleme (insbesondere der Tarife) einzig der Bund in der Verantwortung stehe. Und der Arzt Josef Widler stellte zunächst fest, dass die digitale Datensammlung für die medizinische Diagnose und die Behandlung am Bett oft irrelevant sei. Sein Fazit: «Wir haben zwar Geld, aber kein Personal und so braucht es langsam eine Verzichtplanung. Bei den Spitälern und noch viel mehr bei den Pflegeheimen.» Schliesslich wurden alle vier Geschäftsberichte einstimmig genehmigt.

Am Montag schloss der Kantonsrat vielleicht ein nicht gerade ruhmreiches Kapitel der Ära Thomas Heiniger ab, woran Selma L'Orange Seigo (Grüne) sarkastisch erinnerte. Das Universitätsspital erhielt die nötigen Mittel, um die Kantonsapotheke zu übernehmen. Die Apotheke ist gut, hat sich bei Covid bewährt, aber zu gross und zu teuer und kann selbstständig nicht überleben. Nun kauft

sie das Universitätsspital. Die dafür nötigen 20 Millionen Franken erhält das Spital vom Kanton, der erst noch 7,5 Millionen Franken als Brautgeschenk mitgibt. So werden die zu erwartenden Defizite der ersten drei Jahre abgegolten. Nachher muss das Spital die Apotheke kostendeckend führen.

«Prävention spart keine Kosten. Sie verschiebt sie auf morgen.»

Josef Widler (Die Mitte)

Benjamin Walder (Grüne) verlangt in einem Postulat ein Konzept zur Gesundheitsförderung und Prävention. Natalie Rickli war bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen, aber für die SVP erhob Susanna Lisibach Einspruch, und so erhielten die Gesundheitspolitiker:innen aller anderen Fraktionen die Gelegenheit, den Wert der Prävention in den höchsten Tönen zu loben. Auch hier setzte Josef Widler mit seiner Schlussfolgerung einen Akzent, nachdem er diese durchaus befürwortet hatte: «Prävention spart keine Kosten. Sie verschiebt sie auf morgen.»

Tierschutz

Sandra Bossert und Nina Fehr Düsel (beide SVP) hatten mit ihren Standesinitiativen für den Tierschutz einmal Erfolg und einmal nicht, obwohl alle betonten, sie seien mit dem Inhalt von beiden Vorstössen einverstanden. Das Importverbot der Einfuhr von Pelzen aus tierquälerischer Haltung ist unbestritten eine Sache des Bundes, aber er macht nicht vorwärts. Zwar überwies der Nationalrat einen entsprechenden Vorstoss, aber der Ständerat lehnte ab. So dass es einen neuen Anlauf brauche, fanden etliche. Stefan Feldmann (SP) führte aus, dass Standesinitiativen ohne speziellen zürcherischen Bezug in Bern gar nicht gerne gesehen würden und kaum eine Chance hätten. Da aber in diesem Falle die zürcherischen Ressourcen mit der Behandlung in der Kommission bereits geleistet wurden, könne man die Initiative auch nach Bern schicken und ihr viel Glück wünschen. Nur FDP und AL fanden den Weg über die Standesinitiative immer noch falsch und sagten Nein. Bei der zweiten Initiative ging es um das Verbot von Importen von Fleisch, das von Tieren stammt, das über lange Distanzen lebend transportiert wurde. Da hier Bern noch dran ist, sagten nur die Grünen und die SVP noch Ja.

Reklame



Gegen Tunnel im Park-Pelz

Der Zürcher Gemeinderat empfiehlt die Volksinitiative «Mythen-Park» samt Umsetzungsvorlage zur Ablehnung.

Nicole Soland

Reis Luzhnica (SP) stellte an der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend die Vorlage zur Volksinitiative «Mythen-Park» vor, die am 1. November 2021 eingereicht worden war. In Form der «allgemeinen Anregung» fordert sie, dass die Stadt im Bereich vom Strandbad Mythenquai bis zum General-Guisan-Quai einen «möglichst zusammenhängenden, öffentlich zugänglichen Park» realisiert. Zudem sollte «in Absprache mit dem Kanton» das Teilstück des Mythenquais «ab Einmündung Alfred-Escher-Strasse bis General-Guisan-Quai aufgehoben und Teil der Parkanlage werden». Der Stadtrat hatte dem Gemeinderat ursprünglich beliebt gemacht, die Initiative für gültig zu erklären und sowohl eine Umsetzungsvorlage als auch einen Gegenvorschlag dazu ausarbeiten zu lassen. Dem stimmte der Rat am 13. Juli 2022 zu (siehe P.S. vom 15. Juli 2022). Er überwies auch ein Begleitpostulat der AL, die geprüft haben wollte, wie sowohl die Umsetzungsvorlage für die Volksinitiative «Mythen-Park» als auch ein all-fälliger Gegenvorschlag «ohne die Erstellung von Tunnels oder Tieferlegung von Strassen und ohne eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in die Wohnquartiere» realisiert werden könne. Der Stadtrat prüfte verschiedene Varianten und stellte fest, dass der Initiative kein sinnvoller Gegenvorschlag gegenübergestellt werden könne. Deshalb beantragte er dem Gemein-

rat, den Entscheid vom Juli 2023 aufzuheben und neu zu beschliessen, dass für die Initiative eine Umsetzungsvorlage auszuarbeiten sei, aber kein Gegenvorschlag. Dem stimmte der Gemeinderat am vergangenen 24. Mai zu, und so hatte der Gemeinderat am Mittwoch darüber zu befinden, ob er dem Stadtrat darin folgen wollte, die Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «Mythen-Park» abzulehnen.

«Tunnelportale wie am Rosengarten»

Reis Luzhnica führte aus, es wäre zwar «begrüssenswert», das Teilstück Alfred-Escher-Strasse bis General-Guisan-Quai aufzuheben, doch diese kantonale Strasse sei wichtig für den MIV, und der Handlungsspielraum der Stadt sei klein. Zudem wären die Kosten für die Umsetzung der Volksinitiative mit rund 250 Millionen Franken für Tunnelbau, Rampenanlagen, Neugestaltung der Oberfläche etc. sehr hoch. Nun als SP-Sprecher fügte er an, auch ihm habe die Idee auf den ersten Blick gut gefallen, doch bei näherer Betrachtung ergebe die Umsetzung gemäss Vorstellung der Initiant:innen wenig Sinn. Tunnelportale so gross wie die einst beim Rosengarten geplanten wären nötig, warnte er.

Für die Minderheit erinnerte Michael Schmid (AL) daran, dass zwischen 1834 und 1878 auf Ge-

heiss des Kantons die Befestigung um die Stadt Zürich herum geschleift worden sei. 1871 habe es Pläne der Nordostbahn für einen «eisernen Ring» vom Bahnhof Stadelhofen zur Enge gegeben, der die Stadt vom See abgetrennt hätte. 100 Jahre später sei ein «eiserner Ring» realisiert worden, der sich schleichend mit Autos gefüllt habe, und heute hätten wir dort eine vierspurige Strasse mit «bis über 1000 Fahrzeugen pro Stunde». Ein Tunnel wäre eine «Investition in die Vergangenheit», heute müsse der Autoverkehr aber dringend abnehmen. Die AL lehne die Umsetzungsvorlage ab und stimme der Initiative zu. Derek Richter (SVP) befand, es gebe bereits eine Lösung, sie heisse Seetunnel, sei im behördenverbindlichen kantonalen Richtplan enthalten und müsste nur endlich umgesetzt werden. Markus Knauss (Grüne) erklärte, heute sei die Mehrheit der Grünen gegen die Umsetzungsvorlage und gegen die Initiative. Niemand wolle einen solchen Tunnel, und für ein «noch attraktiveres Arbeitsplatzgebiet» den Verkehr durch Wohnquartiere zu leiten, gehe gar nicht. Carla Reinhard (GLP) befand, ein Tunnel für 250 Millionen Franken wäre bloss «sehr teure Symptombekämpfung», und das lehne ihre Fraktion ab. Mit 118:0 Stimmen empfiehlt der Rat den Stimmberechtigten die Ablehnung der Umsetzungsvorlage und mit 108:9 Stimmen (der AL) bei einer Enthaltung auch jene der Volksinitiative.

Reklame

Wir ergreifen Partei
**FÜR EINE
 SOZIALE
 SCHWEIZ.**

**CÉLINE
 WIDMER** BISHER

**FABIAN
 MOLINA** BISHER

**MIN LI
 MARTI** BISHER

**SP
 LISTE 2**

Von Geld und Gülle und dem Immo-Hai Nr. 1

Während der Herbstnebel klimawandelbedingt auf sich warten lässt, hat sich der Nebel über den Wahlfinanzen für die Nationalratswahlen 2023 etwas gelichtet. Die neuen Transparenzregeln der Politikfinanzierung sind vorgegeben: Bis am 6. September mussten Parteien, «Kampagnenführende» und Kandidat:innen, die mehr 50 000 Franken in Geld- und Sachleistungen aufwenden, ihr Einnahmen-Budget und Einzelspenden von natürlichen und juristischen Personen ab 15 000 Franken gegenüber der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) offenlegen. Die EFK publiziert die Daten laufend auf der Webseite «Politikfinanzierung». Mittlerweile sind die Daten der wichtigsten Player aufgeschaltet. (...) Bei den Supportern aus der Wirtschaft richtet die IG der Wirtschaftsverbände «Perspektive Schweiz» – im Volksmund die «Geld-und-Gülle-Allianz» genannt – mit der grossen Kelle an: 2,2 Mio. Franken, paritätisch finanziert von Economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband, Schweizerischer Arbeitgeberverband und Schweizer Bauernverband.

Als grösster Financier erweist sich der Schweiz. Gewerbeverband, der neben seinem Beitrag von 539 000.– an Perspektive Schweiz 395 000.– für eine eigene Werbekampagne aufwirft und sieben Kandidat:innen total 107 000.– Kampagnenbeiträge gewährt – insgesamt gut eine Million Franken. Mit 270 000.– an FDP, SVP, Mitte und GLP und dem Beitrag an Perspektive Schweiz kommt der Schweiz. Arbeitgeberverband auf gut 800 000 Franken. Grössere Einzelbudgets weisen daneben Gastrosuisse (315 000.–) und der Schweiz. Baumeisterverband (100 000.–) aus. Geradezu mickrige 51 000.– deklariert die Schweiz. Bankiervereinigung für die «Wahlkampfunterstützung für einen zukunftsfähigen Finanzplatz (FDP, SVP, die Mitte, GLP)». Das ist noch weniger als die 80 000 Franken, die Raiffeisen Schweiz für vier Kandidierende in Baselland, Bern und Luzern aufwirft. Ob hier wohl die Post-Credit-Suisse-Depression nachwirkt?

Kampagne führen oder bloss finanzieren?

Ihre Budgets offenlegen müssen laut Gesetz «natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die im Hinblick auf eine Wahl in den Nationalrat oder auf eine eidgenössische Abstimmung eine Kampagne führen». Das sind klarerweise Parteien und Kandidat:innen. Aber wer sind die weiteren «Kampagnenführenden»? Hier wird es äs Bitzeli kompliziert. Im Erläuterungsbericht zur «Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung» (Pofi) heisst es dazu: «Nach der Verordnung führt eine Kampagne, wer Aktivitäten durchführt und dabei monetäre oder nichtmonetäre Mittel einsetzt, um eine Wahl in die eidgenössischen Räte oder eine eidgenössische Abstimmung zu beeinflussen. Vorausgesetzt sind Aktivitäten, welche die Wahl

oder Abstimmung unmittelbar beeinflussen sollen. Sammelt eine Personengruppe etwa Geld für eine Kampagne, erfolgt dies nur mittelbar zur Beeinflussung einer Wahl oder Abstimmung. Das Geld, das den Kampagnenführenden allerdings in der Folge zur Verfügung gestellt wird, müssen die Kampagnenführenden sodann – wenn sie mehr als 50 000 Franken aufwenden – deklarieren.»

Spendenwaschanlage «Stiftung für bürgerliche Politik»

Vereine wie die «Freunde der FDP des Kantons Schwyz» und «SUITO 1833», die zusammen die FDP Schwyz mit 144 000.– alimentieren, oder die «Stiftung für bürgerliche Politik», welche die SVP Schweiz mit 500 000 Franken unterstützen, stellen sich auf den Standpunkt, dass sie selber keine Kampagnen «führen», sondern diese als passive Geldgeber bloss «finanzieren». Es reiche deshalb, wenn der gespendete Globalbetrag bei der Empfängerorganisation offengelegt werde, allfällig darin enthaltene Grossspenden müssten sie nicht deklarieren. So verstanden, können solche Fundraising-Strukturen perfekt als Spendenwaschanlagen eingesetzt werden. Daniel Hasler, Leiter Transparenz Politikfinanzierung bei der Finanzkontrolle des Bundes, sieht das klar anders: «Der Gesetzgeber will den Urheber der Spende aufzeigen. Es ist daher grundsätzlich verboten, Dritte oder einen Verein oder eine Stiftung zwi-

für die Nationalratswahlen gemacht wurden. Bei der SVP Schweiz summiert sich dieser Posten auf 3,2 Mio. Franken. Entsprechend unterschiedlich interpretieren Umwelt- und Wirtschaftsverbände ihre Deklarationspflicht. Während Greenpeace oder WWF sich als Kampagnenführende betrachten und entsprechend breit offenlegen, deklarieren die Wirtschaftsverbände bloss Aufwendungen für direkte Verbandskampagnen, Kampagnenbeiträge an Dritte muss man im EFK-Register mühsam zusammensuchen. Gar nix deklariert etwa der Kantonale Gewerbeverband Zürich, obwohl er vor vier Wochen – wie die Analyse von Polittransparency zeigt – eine aufwendige Facebook-Kampagne gestartet hat, die insgesamt deutlich über 50 000 Franken kosten dürfte.

Immo-Sponsor Nr.1: HEV Zürich

Als ehemaliger Geschäftsleiter des Zürcher Mieterinnen- und Mieterverbands interessiere ich mich natürlich besonders für die Wahlspenden der Immo-Haie. Wenig verwundert, dass SVP wie FDP Kanton Zürich sowohl vom Hauseigentümerverband (HEV) Zürich (50 000.– respektive 40 000.–) und vom Immo-Hardliner Swiss Life (30 000.– respektive 20 000.–) gesponsert werden: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Bei den Immo-Sponsoren muss man nicht lange suchen: Als Nr. 1 sticht mit knapp einer halben Million Franken der HEV Zürich hervor:

	Betrag
Kampagne HEV Kanton Zürich	75'000
Kampagne HEV Region Winterthur	65'000
Beitrag an SVP Kanton Zürich	50'000
Beitrag an FDP Kanton Zürich	40'000
Beitrag an FDP Stadt Zürich	40'000
Beitrag an die Mitte Kanton Zürich	30'000
Beitrag an Hans Ulrich Bigler (SVP)	50'000
Beitrag an Martin Farner (FDP)	50'000
Beitrag an Sonja Rueff-Frenkel (FDP)	50'000
Beitrag an Yasmine Bourgeois (FDP)	30'000
Total	480'000

schenzuschalten, damit der Name einer Person nicht offengelegt werden muss» («Tages-Anzeiger», 5. September 2023). Hier besteht offenkundig Klärungsbedarf. Entweder handelt es sich um einen klaren Konstruktionsfehler von Gesetz und Verordnung, der behoben werden muss. Oder die Interpretation der EFK trifft zu, dann muss sich diese auf die Hinterbeine stellen!

Einen grossen Posten bilden in den Kampagnenbudgets die «Eigenmittel», also bereits vorhandene Gelder und Rückstellungen, die eingesetzt werden. Auch sie können als Spenden-Schlupfloch genutzt werden: Für Spenden, die mehr als ein Jahr vor dem Wahltag getätigt wurden, und für Zuwendungen, die nicht explizit

In diesem Total ist der – zweifellos beträchtliche – Beitrag für die Ständeratskampagne von HEV-Vizepräsident Gregor Rutz nicht enthalten.

Der Gesamtbetrag ist nicht nur für eine bloss kantonale Kampagne ungewöhnlich hoch. Es fällt auch auf, dass in keinem anderen Kanton überhaupt HEV-Beiträge, geschweige denn in dieser Höhe, ausgewiesen werden. Dass überaus massive finanzielle Engagement des HEV Zürich zeigt, mit welch harten Bandagen um die Milliardenprofite auf dem Zürcher Immobilienmarkt gekämpft wird. Niklaus Scherr

Die ungekürzte Version findet sich auf <https://al-zh.ch/blog/author/niggischerr/>

Winterthurer SVP-Präsidentin arbeitet mit der «Jungen Tat»

Mitglieder der rechtsextremen Gruppierung «Junge Tat» betreuen gemäss Recherchen des «Sonntagsblick» den Twitter-Account der Winterthurer SVP-Präsidentin und Gemeinderätin Maria Wegelin. Zudem haben sie auch Videos für Wegelins Wahlkampf als Nationalrätin produziert. Auf einem solchen Video wirbt Wegelin mit Mitgliedern der mit der «Jungen Tat» verbandelten Frauengruppe «Nemesis». Ebenfalls auf dem Video zu sehen: Der Präsident der schweizerischen SVP, Marco Chiesa.

Produziert wurde das Video von einem der Köpfe der «Jungen Tat», gegen den sowohl in der Schweiz wie auch in Deutschland wegen Volksverhetzung und Nötigung ermittelt wird. In der Schweiz wurde der Mann auch schon wegen Judenhass verurteilt.

Wegelin, die vor wenigen Jahren in ihrem Wohnquartier Töss noch als relativ liberale SVP-Vertreterin galt, hat sich vor allem während der Corona-Pandemie als Impfgegnerin radikalisiert. Dies führte u.a. vor den letzten Wahlen zum Austritt des damaligen Vizepräsidenten und Wahlkampfleiters aus der SVP. Im bürgerlichen Ticket für die Stadtratswahlen von Frühjahr 2022 war dies damals kein Grund, sich von Wegelin und ihren Aktivitäten zu distanzieren. Allerdings wurde Wegelin dann auch nicht gewählt. Nun kandidiert sie für den Nationalrat und wird dabei u.a. auch vom Hauseigentümerverband unterstützt. Aufgrund der neuen Informationen über die Zusammenarbeit Wegelins mit der «Jungen Tat» forderte dieser die SVP-Präsidentin zu einer Distanzierung von Rechtsextremisten auf und auch verschiedene bürgerliche Exponent:innen kritisierten Wegelin. Ein klare Rücktrittsforderung kam nur von der AL, während die SP die Zusammenarbeit mit Wegelin im Stadtparlament überprüfen will. Die SVP-Präsidentin selbst zeigt sich unbeeindruckt. Sie sei nicht rechtsextrem, hält sie gegenüber der

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-, www.loopzeitung.ch

NZZ fest. Von der «Jungen Tat» habe sie noch nie etwas gehört, und die jungen Männer hätten ihren «Jugendsünden» abgeschworen. Damit kann das bürgerliche Winterthur den Fall ad acta legen und zum Bier übergehen. «Dummheit kann man nicht belangen», hielt Wegelin fest. Sie wolle SVP-Präsidentin bleiben. *me.*

Eigentums- statt bezahlbare Mietwohnungen

In Adliswil stehen sich jetzt zwei wohnungspolitisch diametral entgegengesetzte Initiativen gegenüber. SP und GP wollen mit Unterstützung des Zürcher Mieterverbands bei baulichen Verdichtungen einen Mindestanteil von erschwinglichen Mietwohnungen für den unteren Mittelstand und für Menschen mit bescheidenem Einkommen festlegen. FDP und SVP und die ebenfalls bürgerliche Gruppierung Freie Wähler hingegen wollen den Bauherren stattdessen einen Anteil von Eigentumswohnungen für entsprechend Gutbetuchte vorschreiben. Die linke Volksinitiative verlangt konkret, dass bei Auf- und Umzonungen jeweils 30 Prozent der dadurch zusätzlich realisierbaren Wohnfläche ab einer Freifläche von 2000 Quadratmetern als preisgünstigen Wohnraum vermietet werden müssen (P.S. berichtete). Bauherren würden im Gegenzug beim Mehrwertausgleich, der in Adliswil 30 Prozent beträgt, entlastet. Weil in Adliswil seit Jahren fast nur noch teure Wohnungen gebaut worden und auch in naher Zukunft geplant seien, brauche es jetzt dringend Neubauwohnungen, die sich auch weniger begüterte Mieter:innen leisten könnten, argumentiert die Linke. Ganz anders die Bürgerlichen: Sie fordern stattdessen, dass bei Auf- und Umzonungen ab einer Freifläche von 2000 Quadratmetern in nicht näher beziffertem Umfang Eigentumswohnungen vorgeschrieben werden, «so, dass der Prozentsatz von Wohneigentum in Adliswil dem des Bezirks angenähert wird». Den genauen Anteil an Wohneigentum will die lediglich in Form einer allgemeinen Anregung gehaltene Initiative dem Stadtrat bei der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage überlassen. Beide Volksbegehren wollen die kommunale Bau- und Zonenordnung gemäss ihren höchst unterschiedlichen Zielsetzungen ergänzen. *as.*

Prämienverbilligung

Wie der Regierungsrat am Donnerstag mitteilte, erhöht der Kanton Zürich die Prämienverbilligung für Krankenkassenprämien im Jahr 2024 um 10 Prozent. Dies entspricht einer Steigerung von 120 Millionen Franken auf insgesamt 1,2 Milliarden Franken. Der Regierungsrat hat die definitive Kantonsbeitragsquote für das Jahr 2024 auf 92 Prozent festgelegt. Das heisst, der Kanton trägt etwas weniger als die Hälfte der Kosten, der Bund den Rest. Von den 1,2 Milliarden Franken werden 684 Millionen für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) bereitgestellt, 462 Millionen für Personen, die Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe

beziehen. 52 Millionen sind als Verlustscheinabgeltungen an die Krankenversicherer vorgesehen. Die Prämienverbilligung wird seit 2021 provisorisch ausgerichtet. Der Anspruch wird nach Eingang der definitiven Steuerveranlagung überprüft. So kann es sein, dass Personen mehr erhalten oder einen Teil des Geldes zurückzahlen müssen. Der Regierungsrat hat zudem entschieden, den Eigenanteilssatz für die Prämienverbilligung im Jahr 2023 rückwirkend zu senken. Für Verheiratete und eingetragene Partnerinnen und Partner sinkt der Anteil von 11,8 Prozent auf 5,9 Prozent, für Einzelpersonen und Alleinerziehende von 9,4 Prozent auf 4,7 Prozent. *tim.*

Langstrasse

Das Projekt «autoarme Langstrasse» ist umgesetzt, wie am Mittwoch an einer Medienkonferenz vor Ort, genauer auf der Piazza Cella, zu erfahren war. Damit dürfen die Velofahrer:innen endlich von der Langstrassenunterführung her durchfahren, ohne eine Busse zu riskieren – und das, je nach Quelle, lediglich rund 50, 40 oder 30 Jahre nach den ersten Ideen für eine velo- und fussgänger:innenfreundlichere Langstrasse. Stadtrat Daniel Leupi sagte es so: «Ich freue mich, dass über 20 Jahre nach meinen ersten politischen Vorstössen das Ziel endlich erreicht ist: eine direkte Veloverbindung und klare Verhältnisse für alle Verkehrsteilnehmer:innen – insbesondere auch die Buschauffeur:innen und Passant:innen.» Konkret gilt seit Mittwoch auf der Langstrasse zwischen der Brauerstrasse und der Dienerstrasse tagsüber ein Fahrverbot für den Auto- und Motorradverkehr. Dieser wird zwischen 5.30 Uhr und 22 Uhr auf die Achse Ankerstrasse und Kanonengasse umgeleitet. In der Nacht dürfen alle Verkehrsteilnehmer:innen die Langstrasse in beide Richtungen befahren. *nic.*

Reklame

Wir ergreifen Partei

SP LISTE 2

FÜR MEDIENVIELFALT.

MICHÈLE DÜNKI-BÄTTIG

JEAN-DANIEL STRUB

DANIEL JOSITSCH in den Ständerat

Franziska Barmettler

in den Nationalrat

Kantonsrätin.
Leiterin Nachhaltigkeit IKEA Schweiz.
Vorstand swisscleantech.

Mut zur Lösung.

Liste 4

Grünliberale.
créateurs d'avenir

KREUZWORTRÄTSEL

Lösungswort:

Zu gewinnen gibt es:

2 x einen Dispenser «Birnel» (250 gr) plus Rezeptbüchlein von der Winterhilfe Zürich.
www.zh.winterhilfe.ch

Einsendeschluss: Dienstag, 10. Oktober 2023

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich,
aboservice@pszeitung.ch
Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.
P.S.-MitarbeiterInnen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.



Freitag, 29. September

Elisabeth Morris

Nueva canción chilena

Donnerstag, 12. Oktober

Gudrun Walther & Jürgen Treyz

mit ihrem neuen Projekt «plus one»

feat. Kirstine Elise Pedersen

Mittwoch, 1. November

NoCrows

Die Gügge-Halsbänder aus Sligo (Irland)

Donnerstag, 9. November

SSASSA

Oriental Gypsy Cocktail

Samstag, 2. Dezember

Altfrentsche Besetzung

mit Andrea Kirchhofer

Von Monk bis Moser

Donnerstag, 14. Dezember

SanySaidap

*Eine musikalische Reise von Irland
nach Amerika und zurück*

Alle Konzerte 20 Uhr

GZ Riesbach, Seefeldstrasse 93

www.gz-zh.ch/gz-riesbach

www.folkclub.ch

Mit freundlicher Unterstützung der Stadt Zürich (Popkredit), des Kantons Zürich (Fachstelle Kultur) und des Migros Kulturprozents.

Sägs doch eifach lieber nöd!

Vielleicht wäre es langsam an der Zeit, mein Twitter-Konto zu löschen. Und das nicht bloss wegen Elon Musk. Der Tesla-Milliardär hat es zwar geschafft, die Plattform nach seiner 44-Milliarden-Dollar-Übernahme dank rigorosem Stellenabbau in Rekordgeschwindigkeit zu einer instabileren, unsichereren und von Bots übersäten Zweiklassengesellschaft aus Gratis- und Premium-Nutzer:innen zu verwandeln, aber eines muss man ihm lassen: Der Twitter-Algorithmus erfüllt seinen Zweck, und er ist mir auf die Schliche gekommen. In meinem Fall heisst des Pudels Kern «Hatescrolling»: Neben Musks eigenen Posts, die oft zwischen Anbiederung an die amerikanische Alt-Right und dem Fischen nach Anerkennung oszillieren, besteht mein Twitter-Feed mittlerweile zu einem grossen Teil aus Beiträgen, die ein einziges Ziel zu verfolgen scheinen: mich wütend zu machen.

In den letzten Wochen hat sich der besagte Algorithmus eine besonders perfide Masche einfallen lassen: Gefühlt jeder zweite Post, der mir angezeigt wird, zeigt die eher schlecht als recht ausgeschnittene Büste eines rechten Politikers oder einer rechten Politikerin mit einem kernigen Zitat daneben: «Die Menschheit kennt zwei Geschlechter. Punkt.», ist sich zum Beispiel ein Jungpolitiker der SVP sicher, ganz ungerührt vom wissenschaftlichen Konsens, der dieser Aussage widerspricht. Gleich darunter bezeichnet ein anderer prominenter Akteur der Jungen SVP den menschengemachten Klimawandel als «etwas zwischen einem schlechten Märchen und Blasphemie» – auch er lässt sich offenbar nicht von der Einmütigkeit in der Wissenschaft beeindrucken, geschweige denn vom mit Naturkatastrophen gespickten Sommer (dass der Klimawandel ein Hauptfaktor für die Häufung und Intensität von extremen Wetterereignissen der letzten Jahre ist, ist wissenschaftlich belegt – und die Berichte des Weltklimarats (IPCC) aus den Jahren 2013 und 2022 kommen zum Schluss, dass die Wahrscheinlichkeit von Hitzewellen, Dürren, Waldbränden, Überschwemmungen und Stürmen in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen wird).

«Sägs eifach!» heisst sie, die Kampagne, mit der die Junge SVP den Linken und Netten das Sprachdiktat entreissen will. Eine Kampagne für die Meinungsfreiheit, gegen Woke-Wahnsinn, Gender-Gaga und andere eingängige Stabreime. Denn insbesondere Junge und bürgerlich gesinnte Menschen trauen sich nicht mehr, ihre Meinung zu sagen, liest man auf der Website der Partei. Der Clou der Kampagne: Nicht nur die JSVP-Büsten, sondern auch die Normalbürger:innen dürfen, ja sollen, mitmachen. Per Videobotschaft oder Text können Interessierte einsenden, was sie schon immer mal sagen wollten – ganz egal, was, Haupt-

sache, es kommt von Herzen und Hauptsache, es wird endlich offen diskutiert. So bleibt auch Platz für Beiträge, die einen zum Schmunzeln bringen: «Steuern sind Raub», schreibt zum Beispiel der Präsident einer libertären Kleinstpartei. Oder «Rechts von uns darf es nichts geben», wie ein JSVP-Mitglied fordert. Ob mit der Einsendung ein Rechtsruck der SVP oder (trotz Listenverbindungen) das Verbot von EDU, Mass-Voll und Co. verlangt wird, bleibt unklar.

Es sind übrigens auch Personen, die nicht auf JSVP-Linie sind, herzlich eingeladen, sich an der Kampagne zu beteiligen. Gemäss dem Twitter-Account der Partei hat dieses Angebot bis jetzt immerhin eine Person wahrgenommen. «Ich finde, die Junge SVP trägt mit ihrer Politik dazu bei, dass Hassverbrechen begangen werden», schreibt der anonyme Einsender. In der Kommentarspalte gibt es dafür einige Zustimmung, aber auch Antworten wie «Mach dich vom Acker» oder «Hatespeech is the price for free speech». Letzterer Kommentar stammt vom vorher erwähnten Präsidenten der libertären Kleinstpartei, der nichts von Steuern hält. Allzu gut scheinen gewisse (freie) Meinungsäusserungen auch in den Kreisen, die sie als oberstes Gut behandeln, nicht anzukommen – je nach Inhalt der Äusserung halt.

Die Kampagne wirft bei mir gleich eine ganze Reihe Fragen auf. Erstens: Wo ist denn die freie Rede in der Schweiz überhaupt eingeschränkt? Es reicht ein Blick auf mein Twitter-Feed, um die haarsträubenden Meinungen und immergleichen Slogans («Es kommen zu viele und die Falschen» etc.) zu sehen, die tagtäglich problemlos frei geäussert werden. In einer Demokratie ist die Meinungsfreiheit ein hohes Gut. Sie ist wichtig, um kritisches Denken und Meinungsvielfalt zu fördern. Was an dieser Stelle aber oft missverstan-

**Die Freiheit der
Meinungsäusserung
schliesst die Freiheit von
Kritik nicht aus, sie ist
nicht absolut und sie ist
kein Freibrief für Hass
und Hetze.**

den wird: Die Freiheit der Meinungsäusserung schliesst die Freiheit von Kritik nicht aus, sie ist nicht absolut und sie ist kein Freibrief für Hass und Hetze. Die Junge SVP behauptet, dass junge und bürgerlich gesinnte Menschen sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen. Doch ist das

wirklich der Fall? Ist es nicht eher so, dass sich diese Menschen nicht mehr trauen, ihre Meinung in einem Raum zu sagen, in dem sie auf Ablehnung und Kritik stossen?

Die zweite Frage, die ich mir stelle: Die JSVP sollte doch als Jungpartei frischen Wind und neue Ideen liefern – warum spielt sie also diese uralte Leier von der freien Meinungsäusserung? Schon vor gut 30 Jahren stemmte sich die SVP mit ihr erfolgreich gegen die Antirassismus-Strafnorm, und zwölf Jahre später bezeichnete sie Christoph Blochers Verurteilung wegen Verleumdung als Angriff auf die Meinungsfreiheit. Meine dritte Frage liefert vielleicht auch gleich die Antwort auf die zweite. Warum ist die Junge SVP eigent-

**Man könnte meinen, es
gehe auch bei der Sägs-
Eifach-Kampagne
einzig darum, Kontrover-
se und Aufmerksamkeit
zu schüren.**

lich immer so konträr? Man könnte fast meinen, sie sei gar nicht daran interessiert, ein originäres Programm oder konstruktive Lösungen zu finden. Und man könnte meinen, es gehe auch bei der Sägs-Eifach-Kampagne einzig darum, Kontroverse und Aufmerksamkeit zu schüren.

Apropos kontrovers: Auf ihrer Website schreibt die JSVP, dass die Partei am Ende selbst entscheide, ob eine Einsendung veröffentlicht werde. Irgendwie klingt das doch nach Bevormundung und Zensur, ja fast nach einer Beschneidung der freien Meinungsäusserung, wie man sie doch eigentlich nur aus der linken Woke-Bubble kennt!

Noch habe ich mein Twitter-Konto nicht gelöscht. Nicht nur, weil ich vermutlich ein bisschen süchtig bin, sondern auch, weil ich den Wert darin sehe, mich mit Meinungen auseinanderzusetzen, die nicht unbedingt meinen eigenen entsprechen. Und ab und zu finde ich, wie ich beim Verfassen dieses Textes gemerkt habe, auf Twitter ja trotzdem noch ein paar Beiträge, die mich zum Lachen bringen. In diesem Sinne: Steuern sind Raub!



Tim Haag

Soziallastenausgleich: Endlich gehts vorwärts!

Die September-Mitgliederversammlung der SP60+ war dem Thema «Soziallastenausgleich – Erfolge und ungelöste Probleme» gewidmet.

Das schönheisse Wetter am Nachmittag der Veranstaltung hielt wohl manche am Thema Interessierten im letzten Moment vom Besuch ab. Die Hitze passte jedoch zum Thema: Sozialhilfe lässt die Volksseele kochen. Dabei zeigt sich wieder einmal, pointiert gesagt: Man kann Äpfel nicht mit Birnen vergleichen! Keine Gemeinde gleicht der anderen.

Ungerecht verteilte Soziallasten

Arthur Helbling, Leiter des Gemeindeamtes des Kantons Zürich zeigte auf, dass riesige Unterschiede – zum Beispiel in der Finanzkraft – existieren: Küsnacht mit über 15000 Franken Steuern pro Einwohner:in kann sich vieles leisten und vermag gleichzeitig seine Sozialkosten mühelos zu stemmen. Andererseits Wald mit gerade mal knapp

2000 Franken muss notgedrungen den Gürtel sehr eng schnallen. Diese ärmere Berggemeinde tut sich schwer mit ihren Sozialausgaben.

Die Soziallasten sind sehr ungerecht verteilt, und so forderte SP-Kantonsrätin Rosmarie Joss mit einem Vorstoss im Jahre 2014 einen Ausgleich zugunsten solch benachteiligter Gemeinden, welche unter hohen, nicht beeinflussbaren Soziallasten leiden. Mit einer Videoeinspielung aus dem SP-Kantonsratsarchiv erläuterte sie den langen Leidensweg ihres politischen Anliegens im Rat. Was lange währt, wird endlich gut! Der neue kantonale Soziallastenausgleich strebt nun zwischen den Gemeinden eine gerechtere Verteilung der sozialen Lasten an.

Nicolas Galladé informierte aus erster Hand als SP-Sozialvorstand in Winterthur anschaulich

darüber, wie die Sozialhilfe heute in der Praxis funktioniert und welche weiteren Herausforderungen sich stellen. In der Stadt gibt es mehr Anonymität, trotzdem bedeutet Sozialhilfe Stress. Am Häufigsten betrifft es alleinerziehende Mütter mit Kindern. Aber auch Frauen mit einer geringen AHV-Rente und ohne 2. Säule können oft ihr Leben ohne zusätzliche finanzielle Hilfe der Gemeinde nicht fristen.

Die Versammlung war sich einig: Es darf ja nicht einfach Glück oder Pech sein, je nach Wohngemeinde mit entsprechender Finanzkraft ein gutes oder schlechtes soziales Netzwerk vorzufinden. Da hilft der Soziallastenausgleich auf jeden Fall!

Marcel Burlet,


Mitglied Vorstand SP60+ Kanton Zürich

Reklame

BEZAHLBARER
WOHNRAUM

STABILE
FINANZEN

EFFEKTIVER
KLIMASCHUTZ



GRÜNE
GRUENE-ZH.CH
PRÄSENTIEREN

**DANIEL
LEUPI**

DEMNÄCHST IM STÄNDERAT
MIT IHRER UNTERSTÜTZUNG
ZUSAMMEN MIT DANIEL JOSITSCH (SP)

«Ich habe Dani als integre, kompetente und erfahrene Persönlichkeit kennengelernt. Er wird die Interessen des Kantons Zürich in Bern hervorragend vertreten!»

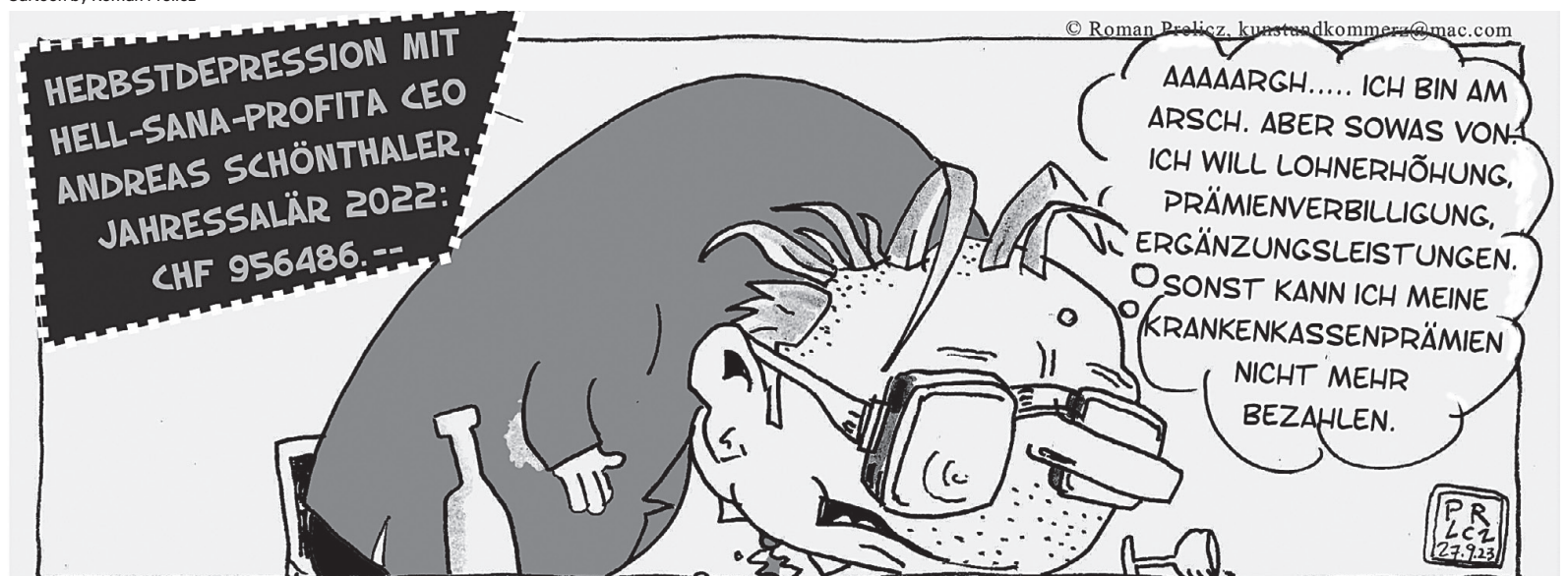
ANCILLO CANEPA
Präsident FC Zürich

«Daniel Leupi ist ein liberaler, lösungsorientierter Pragmatiker. Er verdient es, parteiübergreifend unterstützt zu werden.»

DOROTHÉE FIERZ
Ehemalige Regierungsrätin Kanton Zürich

WWW.DANIELLEUPI.CH

Cartoon by Roman Prelicz



Der neueste Schrei aus Bern

Als FDP-Präsident Thierry Burkart am 13. September die NZZ aufschlägt, ist ein Interview mit dem Chef der Schweizerischen Bankiervereinigung abgedruckt. Darin fordert Roman Studer, dass die Schweiz der Oligarchen-Taskforce der G7 zur Aufspürung von russischen Geldern des Putin-Regimes beitrete. Das Abseitsstehen der Schweiz führe international zu viel Unverständnis und wenn die Schweiz auf technischer Ebene schon mit der Taskforce zusammenarbeite, könne man ja auch gleich beitreten. Thierry Burkart zögert nicht. Noch am selben Tag verkündet er zur Prime Time in der «Tagesschau» von SRF, dass jetzt auch die FDP für den Beitritt zur Taskforce sei.

Sieben Tage später im Bundeshaus: FDP-Fraktionschef Damien Cottier schreitet ans Rednerpult im Nationalratssaal und erklärt wortreich, weshalb die FDP nun doch nicht bereit sei, über eine entsprechende Motion zum Taskforce-Beitritt der Schweiz abzustimmen. Zu viele Fragen seien offen. Stattdessen weist Mitte-Rechts das Geschäft auf seinen Antrag hin der zuständigen

«Dieses «Maulheldentum» ist nicht nur im Wahljahr der neueste Schrei.»

Kommission zu. Der Kommission also, die zwei Wochen zuvor den Beitritt zur Taskforce zum wiederholten Mal deutlich abgelehnt hatte. Nach den Wahlen wird sich die Aussenpolitische Kommission erneut mit dieser Frage befassen. Vertraulich. Niemand wird wissen, ob die FDP nun zustimmen oder ablehnen wird.

18. September: Die Mitte-Partei fordert in ihrer Vernehmlassungsantwort über die Strategie zur internati-

onalen Zusammenarbeit ein umfangreiches Unterstützungsprogramm für die Ukraine. Anders als der Bundesrat, der vorschlägt das Geld für die humanitäre Hilfe für die Ukraine bei den ärmsten Ländern des globalen Südens abzuzweigen, fordert die Mitte-Partei, dass die Ukraine-Gelder separat beantragt werden und die «Verpflichtungskredite der vorliegenden IZA-Strategie deswegen nicht gekürzt werden» sollen. Unterschrieben ist das Dokument von Mitte-Präsident Gerhard Pfister, der sich in den letzten Monaten als grosser Unterstützer der Ukraine profiliert hatte.

Eine gute Woche später, am 27. September stehen auf der Traktandenliste des Nationalrats drei gleichlautende Vorstösse, die ein ausserordentliches Unterstützungsprogramm für die gebeutelte Ukraine im Bereich der humanitären Hilfe verlangen. Mitte-Fraktionschef Philipp Matthias Bregy schreitet ans Rednerpult und spricht von einem angeblichen Rechtsgutachten des Bundesamts für Justiz (das niemand gesehen hat und dessen Existenz das Bundesamt später bestreitet) und verkündet wortreich, weshalb die Mitte nicht abstimmungsreif sei. Stattdessen müsse das Geschäft an die zuständige Kommission überwiesen werden. Sein Antrag ist erfolgreich.

Diese beiden Anekdoten sind nur zwei von unzähligen Beispielen, bei denen bei den Bürgerlichen Wort und Handeln auseinanderklaffen. Ob bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien, der Senkung der Gesundheitskosten oder dem Ausbau der AHV: Immer wenn es darauf ankommt zu entscheiden, sind die Sonntagspredigten von rechts vergessen. Weil irgendeine Lobby interveniert hat. Oder weil man stattdessen Geld für die Armee braucht. Dieses «Maulheldentum» ist nicht nur im Wahljahr der neueste Schrei in Bern.



Fabian Molina, Nationalrat SP

Klimademo: Auf nach Bern!

Hitzewelle im Nordatlantik. Globale Ozeantemperaturen aktuell heisser als je zuvor gemessen. Mit Abstand wärmster September seit Messbeginn in der Schweiz. Im Februar 2023 gab es so wenig Meereis wie nie zuvor um die Antarktis. Fläche des Eises normalisiert sich nicht im aktuellen arktischen Winter. Abweichung erreicht Ausmasse, die nur einmal in Millionen Jahren auftreten sollten.

Diese Auszüge zeigen: Wir stehen mitten drin in der Klimakrise. Die Frage ist: reagieren wir? Die bürgerliche Mehrheit im aktuellen Parlament hat sich entschieden: Sie missachtet nicht nur die Zeichen der Zeit und die Warnungen der Wissenschaft, sondern auch den Entscheid der Stimmberechtigten. Die haben mit dem Klimaschutzgesetz bekanntlich einen CO₂-Absenkpfad beschlossen und festgelegt, dass andere Gesetze diesen Absenkpfad respektieren und entsprechende Massnahmen im Inland beschlossen werden müssen.

Was macht aber bei der ersten Gelegenheit nun der Ständerat? Das Gegenteil! Im Gegensatz zur Mehrheit seiner Umweltkommission will er im Verkehrsbereich nicht vorwärts machen, sondern lieber der EU hinterher hötterlen.

Zudem setzt er extrem auf Auslandkompensation. Das ist volkswirtschaftlich dumm, developmentpolitisch unfair und hat auch einen ökologischen Haken. Volkswirtschaftlich dumm ist das, weil wir unsere Abhängigkeit von jährlich wiederkehrenden milliardenteuren fossilen Importen zementieren. Einmalige Investitionen in Erneuerbare würden stattdessen für Jahrzehnte günstigen Strom produzieren. Und die Wertschöpfung bliebe zu grossen Teilen in der Schweiz.

Entwicklungspolitisch unfair ist die Auslandkompensation auch. Zwar argumentieren Economiesuis-

se und Co. damit, im Ausland könne man pro Franken mehr CO₂ sparen. Die Rechnung für sich stimmt. Allerdings wollen die Kompensierer nicht mit gleich viel Geld mehr tun. Sondern billiger das Gleiche. Und kaufen so den Ländern des globalen Südens die günstigen Klimaschutzmassnahmen weg. Die müssen selbst

«Eine kraftvolle Klimademo ist nötiger denn je!»

rascher mehr für teurere Klimaschutzmassnahmen ausgeben.

Fragezeichen gibts auch beim ökologischen Nutzen. Recherchen Anfang Jahr deuteten darauf hin: Nicht jedes Zertifikat bringt auch die versprochene CO₂-Einsparung.

Zweites grosses Thema der Woche: die Prämienexplosion. Alain Berset krönte sein zwölftes und letztes Jahr als Gesundheitsminister mit dem grössten Sprung der Prämien, seit er sein Amt antrat. Ist die Ursache der Prämienexplosion die Kostenexplosion? Mit etwa zwölf Prozent des BIP kostet unser Gesundheitswesen heute vergleichbar viel wie in Nachbarländern. Und auch wenn die letzten 25 Jahre die Gesundheitskosten um 80 Prozent und damit viel stärker gestiegen sind als die Löhne: Die Krankenkassenprämien explodierten noch viel mehr, um 145 Prozent. Die Folge: Ein immer grösserer Teil der wachsenden Gesundheitskosten wird mit unsozialen Pro-Kopf-Prämien bezahlt. Und das Prämienverbilligungssystem ist untauglich. Darum fordern wir Grünen einkommens- und vermögensabhängige Prämien.



Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne

«Die Prostitution abzuschaffen, wäre wünschenswert, aber illusorisch»

Die Frauenzentrale Zürich fordert ein Sexkaufverbot, um die Situation für Prostituierte zu verbessern. Bringt das was? Olivia Frei von der Frauenzentrale und Nathalie Schmidhauser von Procore, einem Netzwerk für Sexarbeitende, diskutieren im Gespräch mit Lara Blatter über günstigen Sex, Vorurteile und Konsens in der Sexarbeit.

Wieso sind Wörter wie Schlampe oder Hure für Frauen abwertend?

Olivia Frei: Dass diese Begriffe als Schimpfwörter verwendet werden, hat viel damit zu tun, wie wir gesamtgesellschaftlich weibliche Sexualität sehen und werten. Es herrscht die Meinung, Männer hätten den Trieb, das Verlangen und häufig wechselnde sexuelle Kontakte und das sei o.k. Frauen, die so leben, werden hingegen abgewertet. Es gibt Hure oder Heilige.

Nathalie Schmidhauser: Es zeigt, wie stigmatisiert Sexarbeiterinnen sind. Und das nicht nur aufgrund ihres Berufs, sondern auch, weil viele Migrantinnen sind, weil sie Frauen of Colour sind oder weil sie arm sind.

Olivia Frei, bei der Frauenzentrale Zürich habt ihr kürzlich einen Leitfaden zu Prostitution in der Schweiz herausgebracht. Darin propagiert ihr das nordische Modell. Dieses ist ein Massnahmenpaket mit vier Grundpfeilern. Zwei davon sind die Entkriminalisierung von Prostituierten – sie sollen das Recht haben, sich zu prostituieren – und gleichzeitig machen sich Freier strafbar. Wieso sollen Freier bestraft werden?

O.F.: Das nordische Modell anerkennt, dass die Nachfrage Kern des Problems ist. Wäre die Nachfrage kleiner, hätten wir weniger Frauen in der Prostitution. Im nordischen Modell werden die Käufer gebüsst und nicht die Prostituierten. In Zürich ist es genau andersherum: Arbeite ich in Zürich als Prostituierte und werde ausserhalb der drei Strichzonen erwischt, kann ich heute gebüsst werden. Während die Frauen entkriminalisiert werden, werden die Männer, welche die Dienstleistungen kaufen und damit die Ausbeutung von Frauen in Kauf nehmen, strafbar gemacht.

Nathalie Schmidhauser, ihr bei der Organisation Prostitution Collective Reflexion (Procore) stellt euch klar gegen ein Sexkaufverbot. Wo sehen Sie Lücken im nordischen Modell?

N.S.: Ich bin auch für eine Entkriminalisierung von Sexarbeiter:innen. Doch beim nordischen Modell werden Sexarbeiter:innen durch die Hintertüre kriminalisiert. Denn alle, die von der Sexarbeit profitieren oder Sexarbeiter:innen unterstützen, werden kriminalisiert. Also auch Vermieter, Taxifahrer oder Sexarbeiter:innen, die zu

ihrem eigenen Schutz zusammenarbeiten. Sie machen sich der wechselseitigen Zuhälterei strafbar. Das ergibt in unseren Augen keinen Sinn. Gewalt, Repression und Stigma steigen.

Heisst, das Sexkaufverbot drängt die Frauen eher in die Illegalität?

O.F.: Das ist ein Scheinargument, das suggeriert, dass Prostitution in einer legalen Gesetzgebung total transparent stattfindet. Illegal verhält sich im nordischen Modell, wer von der Prostitution profitiert, sie aber nicht selbst ausübt. Gerade letzte Woche kam die Nachricht, dass das erste amtlich bewilligte Bordell der Schweiz, das Petit Fleur in Wollishofen, schliessen wird. Aber auch dort arbeiteten Frauen ohne Bewilligung. Das zeigt, dass auch unser jetziges System nicht vor Illegalität schützt.

N.S.: Da stimme ich dir zu. Aber ein gutes Beispiel ist Frankreich: Dort wurde ebenfalls das nordische Modell eingeführt. Im Park Bois de Boulogne in Paris wurde schon zuvor Sexarbeit angeboten. Seit aber das Sexkaufverbot eingeführt wurde, wurde die Arbeit noch prekärer. Die Freier wollten sich nicht mehr auf der beleuchteten Strasse blicken lassen und so verschob sich die Sexarbeit ins Dunkle, in den Wald. Gewalt und Raub sind massiv angestiegen.

O.F.: Frankreich setzt nicht alle Pfeiler des nordischen Modells gut um. Nur Sexkäufer zu bestrafen, bringt wenig. Das Modell basiert auf Aufklärung, Prävention, Entkriminalisierung und eben dem Sexkaufverbot. Es braucht auch Programme, die Frauen helfen, wenn sie das Gewerbe verlassen wollen. Hier hat Frankreich versagt.

Wie funktionieren diese Ausstiegsprogramme?

O.F.: Es gibt nicht das perfekte Programm für alle. Die Prostitution abzuschaffen, wäre zwar wünschenswert, aber illusorisch. Darum müssen wir jenen Frauen, welche die Branche verlassen wollen, helfen, auszusteigen. Es braucht unter anderem Umschulung, rechtliche Beratung und Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern.

N.S.: Umschulungen sind wichtig und unsere Basisorganisationen bieten diese bereits an. Es braucht aber auch gute Arbeitsbedingungen. Denn nicht alle Sexarbeiter:innen können oder wollen den Job wechseln. Viele sind migrantische Perso-

nen mit prekärem Aufenthaltsstatus, finanziellen Nöten und Sprachbarrieren. Ihnen allen müsste man einen Grundlohn, ihre Umschulung und Sprachkurse bezahlen. Zudem bräuchten sie eine permanente Aufenthaltsbewilligung. Dafür fehlt aber der politische Wille. Zudem kann es auch nicht die Lösung sein, dass sie in anderen prekären Jobs landen. Ausbeutung, Gewalt und miserable Löhne sind bei Hausangestellten, Nannys, Pflegende im Privatbereich genauso ein Thema. Auch dort arbeiten mehrheitlich Migrant:innen.

O.F.: Du kannst Prostitution nicht mit einer Anstellung in der Pflege vergleichen. Dass der politische Wille fehlt, Ressourcen zu sprechen, da gebe ich dir recht. Aber ich bin der Meinung, dass im nordischen Modell die Nachfrage zurückgeht und so auch weniger Frauen in die Schweiz kommen, um sich zu prostituieren. Ein Land mit dem nordischen Modell wird für Menschenhändler unattraktiver. Angebot und Nachfrage sind die Grundprinzipien der Marktwirtschaft.

«Ein Land mit dem nordischen Modell wird für Menschenhändler unattraktiver. Angebot und Nachfrage sind die Grundprinzipien der Marktwirtschaft.»

Olivia Frei

N.S.: Nur weil die Nachfrage von Freiern zurückgeht, geht das Angebot nicht automatisch auch zurück. Dafür gibt es strukturelle Gründe: Armut, Diskriminierung, tiefe Frauenlöhne. Unser kapitalistisches System produziert weiter arme Frauen, deren einziger Ausweg die Sexarbeit oder andere prekäre Jobs sind. Das Schwedenmodell macht ihr Leben härter und gefährlicher.

Schätzungen der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) sprechen von 13 000 bis 20 000 Sexarbeiter:innen in der Schweiz. Und von 350 000 Männern ist die Rede, die mindestens ein-

mal pro Jahr Freier sind, das heisst, fast jeder fünfte Mann in der Schweiz zwischen 20 und 65 Jahren. Blenden diese Männer die teils prekäre Lage der Frauen aus?

O.F.: Ja. Freier, die realisieren, dass Prostituierte unter prekären Bedingungen arbeiten, melden dies kaum. Freierstudien zeigen genau das: Auch wenn sie Zwang vermuten oder gar davon wissen, tun sie nichts. Das heisst für mich, dass ihnen die Frauen egal sind.

N.S.: Ich stimme zu, dass die Nachfrage nach billigem Sex problematisch ist. Aber Freier werden auch stark stigmatisiert: Sie gelten alle als pervers und gewalttätig. Sexarbeiter:innen haben hier eine nuanciertere Meinung, sie haben teils auch geschätzte Stammkundschaft.

O.F.: Dass wir glauben, nur bestimmte Männer seien Freier, ist ja auch ein Schutzmechanismus. Denn am Ende des Tages sind sie unsere Männer, Väter und Söhne.

Das nordische Modell geht davon aus, dass Sexarbeit per se eine Menschenrechtsverletzung ist. Bezahlung und Konsens, geht das zusammen?

«Aber Sexarbeit ist eine Arbeit, mit der Menschen ihre Existenz sichern. Je besser die Arbeitsbedingungen sind, desto selbstbestimmter kann jemand arbeiten.»

Nathalie Schmidhauser

O.F.: Nein. Die meisten Freier wissen nicht, welch prekären Bedingungen die Frauen ausgesetzt sind. Sie gehen das Risiko ein, dass sie Sex mit einer Person haben, die nicht selbstbestimmt über ihren Körper verfügen kann. Der Fluss von Geld stellt den Konsens in den Hintergrund. Denn sagt das Gegenüber ja zum Geld oder ja zum Geschlechtsverkehr?

N.S.: Bezahlung verhindert doch nicht per se Konsens, wie bei anderen Jobs auch nicht. Klar, die Selbstbestimmtheit kann durch wirtschaftlichen Druck eingeschränkt werden. Studien von Menschenrechtsorganisationen zeigen, dass dieser Druck im nordischen Modell steigt. Plus ist Sexarbeit nicht per se eine Menschenrechtsverletzung.

Sie beide nutzen unterschiedliche Begriffe. Der Begriff Sexarbeit hebt die selbstbestimmte Prostitution hervor und will die negative Konnotation reduzieren, die dem Begriff Prostitution anhaftet. Gibt es selbstbestimmte Prostitution?

N.S.: Ja, und sie ist kein Randphänomen. Bei der Sexarbeit wird diese Frage immer wieder gestellt. Das macht man bei keinem anderen Beruf. Dabei könnte man auch fragen: Wer putzt schon

gern freiwillig? Wer arbeitet freiwillig zwölf Stunden pro Tag in einer Textilfabrik für einen Minimallohn? Niemandem käme es jedoch in den Sinn, Hausarbeit oder Textilfabriken zu verbieten.

O.F.: Aber das kann man doch nicht vergleichen. Prostituierte haben viel mehr Traumata und gesundheitliche Folgeschäden von ihrem Job. Wenn man das vergleicht, ist das aus meiner Sicht eine Verhamlosung der psychischen und physischen Folgen der Prostitution. In einer Gesellschaft, die Gleichstellung der Geschlechter als Ziel hat, hat Prostitution keinen Platz.

N.S.: Was ich mit dem Beispiel der Textilfabrik zeigen will: Es gibt sehr viele Menschen, die keine Wahl haben und einen Job machen, um zu überleben. Und lediglich bei der Sexarbeit haben wir die Erwartung, dass sie es gern und freiwillig machen müssen. Wichtiger ist, dass sie die Arbeit selbstbestimmt und frei von Diskriminierung und Kriminalisierung machen können.

O.F.: Ich gebe dir recht, dass das Suchen von Erfüllung in einem Job eine privilegierte Position ist. Aber Erfüllung und Selbstbestimmung sind nicht dasselbe.

N.S.: Aber Sexarbeit ist eine Arbeit, mit der Menschen ihre Existenz sichern. Je besser die Arbeitsbedingungen sind, desto selbstbestimmter kann jemand arbeiten. Und da komme ich zurück auf das nordische Modell – die Arbeitsbedingungen werden nicht besser, wenn deine Kundschaft und alle um dich herum Kriminelle sind. Jene Menschen, die keine andere Möglichkeit als die Sexarbeit haben, für diese wird die Situation schlechter. Man trägt das moralische Ziel – eine Gesellschaft ohne Sexarbeit – auf dem Rücken der Vulnerabelsten aus. Es ist ein Gesetz gegen Frauenrechte.

O.F.: Da widerspreche ich. Das Ziel ist nicht eine Gesellschaft ohne Prostitution, sondern eine Gesellschaft, in der so wenige Frauen wie möglich in der Prostitution ausgebeutet werden. Wie sieht eure konkrete Vorstellung aus, wie mehr Frauen selbstbestimmt in der Prostitution arbeiten können?

N.S.: Sexarbeiter:innen brauchen überall Zugang zu Beratungsstellen und niederschweligen Gesundheitsangeboten, sie brauchen bezahlbare Wohn- und Arbeitsräume. Sie brauchen Zugang zu Arbeiter:innenrechten und sozialversicherungsrechtlichem Schutz. Dafür braucht es Kontrollen, die Behörden müssen hinschauen. Und wir müssen das Stigma abbauen.

Das Stigma scheint für Sie beide ein wichtiger Faktor. Wie können wir als Gesellschaft dazu beitragen, dass betroffene Frauen entstigmatisiert werden?



Olivia Frei, Geschäftsleiterin Frauenzentrale Zürich, und Nathalie Schmidhauser, wissenschaftliche Mitarbeiterin Procure, diskutieren über ein Sexkaufverbot. (Bild: Lara Blatter)

O.F.: Die Behörden sind oft nicht sensibel im Umgang mit prostituierten Menschen. Geregelt werden Melde- und Bewilligungsverfahren, aber es gibt wenig Bewusstsein dafür, in welchen vulnerablen Positionen diese Menschen sind. Zudem kommen viele der prostituierten Frauen aus Regionen, wo wenig Vertrauen in Behörden herrscht. Diesem Umstand wird durch unsere Behörden oftmals auch wenig Rechnung getragen.

N.S.: Ja, und auf der individuellen oder gesellschaftlichen Ebene kann man da ansetzen, wie man über Sexarbeitende spricht. Setzt man Sexarbeitende als urteils- und handlungsunfähige Personen herab, oder akzeptiert man sie als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft?

PORCORE UND FRAUENZENTRALE ZÜRICH

Nathalie Schmidhauser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prostitution Collective Reflexion (ProCoRe). Procure ist der Dachverband von Beratungsstellen für Sexarbeitende in der Schweiz. Sie vertreten 28 Basisorganisationen, die täglich Sexarbeitende beraten und in der Nacht aufsuchend im Milieu unterwegs sind. Olivia Frei ist Geschäftsleiterin der Frauenzentrale Zürich. Der Verein ist der grösste Dachverband von Frauenorganisationen im Kanton Zürich. Sie unterstützen, vernetzen und vertreten Anliegen von Frauen in der Politik, der Arbeitswelt und der Gesellschaft.

Jährlich grüsst das Murmeltier

Das Budget des Stadtrats für das Jahr 2024 weist ein Defizit von 175 Mio. Franken auf. Die Rechnung, davon gehen fast alle aus, wird eher mit einem Plus abschliessen. Der Entwurf findet wie jedes Jahr bei der Linken Beifall, die Rechte schimpft über den gleichbleibenden Steuerfuss von 119 Prozent.

Koni Loepfe

Der Titel mag etwas despektierlich tönen, ist aber keineswegs so gemeint. Nur: Die Ansichten von NZZ-Redaktor Michael von Ledebur teile ich fast nie. Aber seiner Bemerkung, die jährliche Budgetmedienorientierung der Stadt Zürich sei das langweiligste Medienereignis des Jahres, kann ich schwer widersprechen. Zumal es der Finanzverantwortliche Daniel Leupi ähnlich sieht und auch der Ablauf Jahr für Jahr derselbe ist. Der Stadtrat präsentiert zu Beginn die Eckwerte, dann führt der Direktor der Finanzverwaltung, Thomas Kuoni durch die Zahlendetails. Daniel Leupi ordnet noch ein und beantwortet die wenigen Fragen. Anschliessend kommen die Mails der Parteien, die sich strikte an die Parteilinie halten, wobei es immerhin witzig ist, wie man sich gegenseitig die Wörter klaut. Sprach die SVP in früheren Jahren gerne vom «Pleitegeier, der schon über der Stadt kreist», spricht sie nun vom «Casino-Kapitalismus», während die SP «Stabilität und Verlässlichkeit» lobt und die Grünen die «stabilen Finanzen»

Die FDP erklimmt mit der Aussage «Ausgaben ausser Rand und Band» einen neuen Gipfel der Unzufriedenheit.

preisen. Dieses Jahr erklimmt die FDP mit der Aussage «Ausgaben ausser Rand und Band» einen neuen Gipfel der Unzufriedenheit. Was nicht gross verwundert, schliesslich ist es von Parteipräsident Pärparim Avdili unterschrieben, der die grossen Worte und Gesten liebt und gerne kläfft. Und dabei ganz vergisst, dass ein Haupttreiber der «Ausgaben ausser Rand und Band» sein Stadtrat Filippo Leutenegger ist. Der, um das klarzustellen, dafür gar nichts kann. Er ist weder verantwortlich für die zunehmenden Kinderzahlen noch dafür, dass sich die abstimmenden Zürcher:innen für einen leicht luxuriöseren Ausbau der Tagesschulen entschieden.

Zurück zur Ernsthaftigkeit. Die Budgetverantwortlichen haben die Pflicht – und daran halten sich Daniel Leupi und seine Leute strikt – alle wahrscheinlichen Ausgaben des kommenden Jahres aufzulisten. Im Wissen, dass mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht alle eintreffen werden und somit die Ausgaben in der Rechnung mit grosser Wahrscheinlichkeit tiefer sein werden. Ein Paradebeispiel dafür sind die Personalausgaben. Von

den aktuell 24 107 städtischen Planstellen sind 701 nicht besetzt. Das bedeutet, dass die Personalkosten für das Jahr 2023 zwischen 50 und 100 Millionen Franken tiefer ausfallen werden, als sie budgetiert wurden. Für das kommende Jahr benötigt die Stadt in der Planung 838 Stellen mehr als dieses Jahr. Gut die Hälfte entfällt auf das Schuldepartement, weil die Kinderzahl nach wie vor gegen 1000 zunimmt und weil die Einführung der Tagesschulen mehr Betreuung verlangt. Daniel Leupi weiss selbstverständlich und spricht es auch aus, dass er die 800 neuen und die fehlenden 700 bisherigen Stellen im Lauf des Jahres 2024 beim bestehenden Fachkräftemangel nicht alle besetzen kann. Die Personalausgaben werden also mit Sicherheit tiefer als budgetiert sein. Die Schlussfolgerung daraus: «Bevor man neue Stellen schafft, sollte man zuerst – bei Bedarf – diese Stellen besetzen und dann seriös überlegen, ob es wirklich noch mehr Stellen braucht.» Anders gesagt: Weil die Stadt eventuell keine Informatiker:innen findet, soll sie bitte keine Lehrer:innen suchen oder umgekehrt. Wenn schon könnte man, wie dies die Mehrheit des Kantonsrats beim Budget gerne macht, einen Pauschalabzug beim Personal einführen.

Bei den Einnahmen sind die Vorhersagen der Stadt in der Regel recht präzise. Das beruht darauf, dass sie jedes Jahr 250 Firmen vorzeitig nach den von ihr zu erwartenden Steuern abfragt. Da die Stadt diese so erhaltenen Daten nur für die Steuereinschätzung benutzt, geben die Firmen recht präzise Auskünfte, so dass die schwierige Schätzung der Steuern von den juristischen Personen recht genau eintrifft. Dass für 2024 trotz des Endes der CS kein Rückgang eingesetzt wurde, ist laut Daniel Leupi kein Versehen. Natürlich führe das Ende der CS zu einer kleinen Delle, aber den andern Firmen mit hoher Gewinnerschöpfung gehe es in Zürich offensichtlich gut.

Streitpunkt Steuerfuss

In den letzten 14 Jahren, so Thomas Kuoni, war die Rechnung der Stadt Zürich im Durchschnitt um 160 Millionen Franken besser als das Budget. Trifft der Durchschnitt für das kommende Jahr ein, erwartet die Stadt mindestens eine schwarze Null. Diese tritt laut Daniel Leupi für 2023 bei einem budgetierten Minus von 216 Millionen Franken sicher ein. Zudem erwartet die Stadt vom Kanton noch 250 Millionen Franken, die sie für zu hohe Zahlungen bei den Kinderheimen zugute hat. Ob dieses Geld noch dieses Jahr oder erst 2024 eintrifft, ist noch offen. Aber eines

ist klar: Eine der beiden Rechnungen wird um diesen Betrag besser. Das relativiert auch die beliebte Zahlenreihe mit dem Eigenkapital und den Schulden für die nächsten Jahre. Die Stadt hat derzeit ein zweckfreies Eigenkapital von 2,1 Milliarden Franken. Es spricht praktisch nichts dafür, dass sich dieses Eigenkapital in den nächsten Jahren gross vermindern wird – auch wenn die offiziellen Zahlen derzeit im Jahre 2027 von einer Schrumpfung auf 756 Millionen Franken ausgehen.

Etwas ernsthafter zu gewichten ist der Zinsanstieg: Die Stadt kann ihre Investitionen (1,6 Milliarden für nächstes Jahr, nachher etwas weniger) nicht vollständig aus der laufenden Rechnung bezahlen. Das führt dazu, dass die Zinskosten ansteigen, aber noch lange nicht in beunruhigende Dimensionen. Der politische Streit wird sich vor allem um den Steuerfuss drehen, zumal die Mehrheiten hier sehr knapp sind. Die Finanzen der Stadt

Der politische Streit wird sich vor allem um den Steuerfuss drehen, zumal die Mehrheiten hier sehr knapp sind. Die Finanzen der Stadt Zürich bewegen sich in einem Rahmen, der eine Diskussion über den Steuerfuss durchaus zulässt.

Zürich bewegen sich in einem Rahmen, der eine Diskussion über den Steuerfuss durchaus zulässt. Eine Senkung ist finanzpolitisch nicht verantwortungslos und führt auch nicht dazu, dass die Stadt ihre Aufgaben nicht mehr wie vorgesehen und von den Stimmberechtigten in vielen Abstimmungen immer wieder bekräftigt ausführen kann. Die Frage ist, ob es Sinn gibt. Die Reichen meiden die Stadt als Wohnort nicht, obwohl sie hier mehr Steuern als anderswo. Aufgaben vor allem im Bereich des Klimas, der Bildung und der Infrastruktur gibt es genug. Und ein Polster für schlechtere Zeiten ist immer gut, vor allem wenn das Stopfen nicht wirklich weh tut und Zürich derzeit eher das Problem kennt, dass zu viele als zu wenige kommen wollen.

Ersatz statt Reproduktion

Der Fallätschegarten in Zürich-Leimbach steht im Fokus eines Rechtsstreits, der nach dem Baurekursgericht nun weiter im Verwaltungsgericht ausgehandelt wird. Er wirft gleichzeitig auch grundlegende bodenpolitische Fragen auf.

Sergio Scagliola

Ein Streit in Zürich-Leimbach geht in die nächste Runde. Es geht um den Fallätschegarten (P.S. berichtete) – ein privates Grundstück, das während Jahrzehnten un bebaut war, und heute deshalb ein wichtiges Habitat für viele Pflanzen- und Tierarten darstellt. Vor zwei Jahren wurde es an einen Zuger Investmentfonds verkauft, der 54 Eigentumswohnungen bauen will. Dafür müsste das Grundstück gerodet werden – das hat sich allerdings verzögert. Grund: Der Fallätschegarten ist im Inventar des kommunalen Natur- und Landschaftsschutzes eingetragen. Gleichzeitig aber in der Wohnzone. Prisca Büchi, Präsidentin der «IG Stopp Zerstörung Naturlandschaft in Zürich-Leimbach» meldete die Rodungspläne der Stadt. Während der Brutzeit war das aber ohnehin nicht erlaubt und die IG stellte daraufhin einen Antrag auf Schutzabklärung beim Stadtrat.

In der Folge erliess die Stadt ein eineinhalbjähriges Veränderungsverbot. Die Schutzabklärung befand, das Grundstück sei zwar grundsätzlich schutzwürdig, aber nicht unersetzbar. Die Rekurrent:innen wehrten sich im Verbund mit zwei Stiftungen und Anwohner:innen beim Baurekursgericht. Der Rekurs wurde abgewiesen und die IG und «Helvetia Nostra», Schwesterstiftung der «Foundation Franz Weber», reichten eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht ein.

Ein Blick über den Zaun reicht, um festzustellen, dass es sich hier um ein spezielles, seltenes Stück Natur auf Stadtgebiet handelt. 50 Jahre relative Ungestörtheit führte zu komplexen natürlichen Strukturen. Der Fallätschegarten birgt somit Lebensräume für eine ausserordentlich hohe Artenvielfalt und liegt auf der Kreuzung zweier wichtigen ökologischen Vernetzungskorridore beim Rütchlibach, der vom Schutzgebiet «Fallätsche» ins Sihltal fliesst. Die Stadt will als Ersatz eine maschinell bewirtschaftete Wiese in der Freihaltezone anreichern – mit Blumen und Obstbäumen sowie kleineren Strukturen. Nur ist das nicht dasselbe wie ein grüner Fleck, der seit 40 Jahren in Ruhe vor sich hinwächst. Circa 10-25 Jahre wären laut Rekurrent:innen nötig, um auch nur die einfachsten Lebensräume des Fallätschegartens zu reproduzieren – das Bauvorhaben würde kaum für eine solche



Auf dieser Wiese sollen Ersatzmassnahmen umgesetzt werden. Reicht das, um den weitgehend unberührten Fallätschegarten zu ersetzen, der hier den freien Blick auf das Quartier versperrt? (Bild: Sergio Scagliola)

Zeitspanne auf Eis gelegt. Prisca Büchi erläutert: «Der Ersatz sollte die ökologischen Lebensräume des alten Orts repräsentieren. Die geplanten Lebensräume auf der Ersatzwiese würden das nicht. Im Entscheid des Stadtrats steht: Die mobilen Arten können umziehen – ihre bisherigen Lebensraumtypen wären aber gar nicht vorhanden. Sie sind weder geplant noch wäre genug Zeit für deren

10-25 Jahre wären laut Rekurrent:innen nötig, um auch nur die einfachsten Lebensräume des Fallätschegartens zu reproduzieren.

natürliche Entwicklung vergangen.» Monika Wasegger von der Stiftung Helvetia Nostra knüpft an: «Diese Wiese stellt für uns klar keine Alternative dar. Wir kritisieren nicht, dass es eine Bemühung gibt für Ersatzmassnahmen, sondern, dass wir es uns nicht leisten können in der heutigen Zeit, solche Lebensräume zu zerstören. Müssten wir nicht eigentlich einen Ersatz für das Vorhaben finden?»

Verdichtung nach aussen

Die Causa Fallätsche zeigt damit vielleicht auch einen fehlenden Fokus auf den Makrokosmos. Denn direkt oberhalb der Ersatzwiese beginnt das nationale Schutzgebiet «Fallätsche». Dieses würde trotz Ersatzmassnahme stärker unter Druck geraten, wenn die natürlichen Grenzen zum Siedlungsgebiet fallen – und der Fallätschegarten ist genau eine solche natürliche Grenze. Für Monika Wase-

gger ist klar: «Im Zeitalter des verdichteten Bauens gibt es bessere Alternativen, als eine seit Jahrzehnten entwickelte Naturoase auf Stadtgebiet zu zerstören. Diese sind selten und aus ökologischer Sicht unbedingt zu erhalten und zu schützen.»

Verständnis für die Pläne der Immobilienfirma, dass sie das gekaufte Land nutzen will, haben die Rekurrent:innen durchaus, «aber angesichts der dramatischen Biodiversitätskrise darf es nicht sein, dass ein als schützenswert eingestuftes Grundstück einfach zerstört wird. Die wenigen noch verbleibenden wertvollen Naturflächen müssen unbedingt erhalten und somit Lösungen gefunden werden», so Prisca Büchi. Das zeigt die politische Dimension: Das Eigentum steht nunmal hierzulande über fast allem – aber damit einhergehend nicht unbedingt die Verantwortung über den Effekt, den das Eigentum auf die Nutzfläche hat. Gewissermassen sind somit der Stadt auch die Hände gebunden – eine Unterschutzstellung käme wohl einer faktischen Enteignung gleich, was einen grösseren Rechtsstreit als mit den Anwohner:innen, eine finanziell teure Geschichte und wohl auch politischen Widerstand zur Folge hätte. So muss man also nach einem Ersatz suchen – und obwohl die grössere Fläche weiter oben am Berg in Richtung Fallätsche-Schutzgebiet vielleicht nach einer geeigneten Alternative klingt, ist hier dennoch ein Grundsatzkonflikt vorhanden. Die Natur wird belastet, Verdrängung – wenn auch von Tier statt Mensch – befeuert, und die Kasse der Eigentümerin nicht allzu stark belastet, weil sie nur für Ersatzmassnahmen aufkommen muss, die deutlich weniger anstreben als eine Reproduktion der zerstörten Lebensräume. Denn auch dem Laien erschliesst sich beim Blick in den Fallätschegarten, dass eine im Vergleich kahle Wiese nicht dasselbe ist wie ein weitgehend unberührter Naturkomplex.

Ein neuer kommunaler Richtplan für Winterthur

Ein Plan für eine nachhaltige Weiterentwicklung Winterthurs, aktueller, griffiger und ein eigentliches Arbeitsinstrument für die ganze Stadt: Dies soll er werden, der neue kommunale Richtplan für die Stadt Winterthur. Nun wird ein erster Entwurf öffentlich aufgelegt. Bis zum 27. November können Bevölkerung, Parteien und interessierte Organisationen Einwendungen und Anregungen einreichen.

Matthias Erzinger

Zwei Jahre, nachdem die Winterthurer Stadtregierung ihr räumliches Entwicklungsleitbild Winterthur 2040 vorgestellt hat, legt sie nun mit einem völlig neuen kommunalen Richtplan den Weg fest, wie das Leitbild umgesetzt werden soll. «Stadtverträglich» will die Regierung das Wachstum steuern, «zukunftsorientiert und nicht rückwärtsgewandt die Mobilität steuern», wie Bauvorsteherin Christa Meier (SP) festhält. Dazu ist eines der wichtigsten Ziele, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs von heute über 40 auf 20 Prozent zu senken. Im Gegenzug sollen Velos stärker gefördert werden und «den Fussgänger:innen rollen wir einen eigentlichen Teppich aus», hält Peter Baki, Stadtplaner im Bauamt fest.

Plan der Pläne

Für die Verwaltung und die Behörden ist der Richtplan, einmal verabschiedet und festgesetzt, «der Plan der Pläne», betont Christa Meier. Die im Richtplan festgesetzten Massnahmen sind behördenverbindlich, koordinieren die Entwicklung der ganzen Stadt sowohl von der Ressourcenerschliessung (Energieplan) bis zu den Landreserven für künftige Infrastrukturbauten. Zwei Jahre wurde am Entwurf gearbeitet, nun ist er einsehbar und die Bevölkerung kann bis Ende November Kritik und Anregungen einbringen. «Trotzdem ist es in der Art, wie der Plan nun aufgebaut ist, kein statisches Werk, sondern soll, wenn notwendig, auch schon in kurzer Zeit wieder revidiert werden», hält Stadtbaumeister Jens

Andersen fest. Als Ganzes trägt der Richtplan klar die Handschrift einer sozial und ökologisch ausgerichteten Stadtregierung und lässt die von der progressiven Allianz von GLP, EVP, Grünen und SP gebildete Mehrheit deutlich spürbar werden.

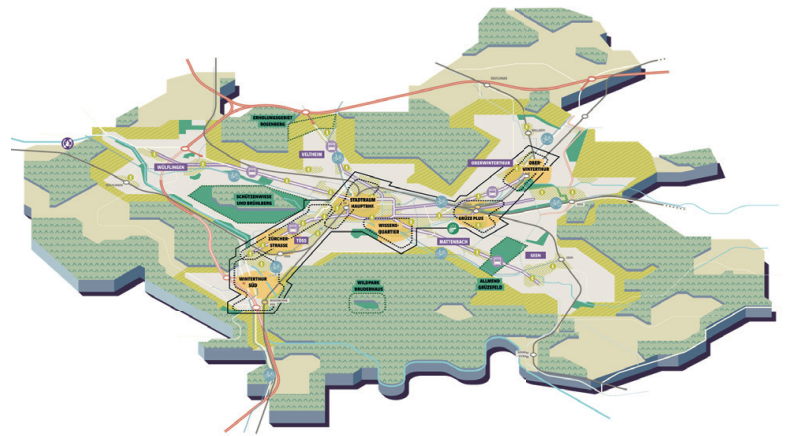
Stadtrandpark, urbanes Rückgrat, 5-Minutenstadt...

Die Stichworte zum Wachstum von Winterthur und wie dieses «stadtverträglich» gesteuert werden wird sind seit der Veröffentlichung des Leitbildes 2040 bekannt. Da ist einerseits der «Stadtrandpark», spricht der Grüngürtel rund um die

«Die Stadt soll nicht einfach in der Fläche hinauswabern.»

Jens Andersen,
Stadtbaumeister

Stadt, der erhalten werden soll. «Die Stadt soll nicht einfach in der Fläche hinauswabern», sagt Jens Andersen. Das Wachstum soll mit gezielten Verdichtungen entlang des «urbanen Rückgrates» von Töss im Süden bis Oberwinterthur verdichtet werden. Diese Verdichtung wird im Richtplan festgeschrieben, soll den Stadtquartieren die Möglichkeit bieten, sich sanft zu entwickeln, ohne dass der Charakter der einstigen «Gartenstadt» verloren geht. Wichtig ist auch, dass städtebauliche Entwick-



Richtplan-Übersicht über Winterthur mit dem «Urbanen Rückgrat» von Töss im Süden bis nach Oberwinterthur, in dem eine Verdichtung primär erfolgen soll. (Grafik: zvg)

lungen so gesteuert werden, dass die Stadt zu einer 5-Minutenstadt wird – respektive dass in einem Umkreis von 5 Minuten alle Grundbedürfnisse abgedeckt werden können. Stadtpräsident Künzle (sogenannte «Mitte») hält fest, dass die Stadt nicht ein Wachstum um des Wachstumswillens anstrebt, dass es aber notwendig sei, das Wachstum zu steuern.

Kehrtwende in Mobilität und Wohnungsbau

Deutliche Richtungsänderungen in der Stadtentwicklung sind wie bereits erwähnt im Bereich Mobilität und im Wohnungsbau vorgesehen. So wechselt die Grundstimmung im Richtplan von der bisherigen starken Ausrichtung auf den motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr. Das Velo soll dem Auto punkto Wichtigkeit gleichgestellt werden. Damit soll der sogenannte Modalsplit im Verkehrsbereich ohne Zwang, sondern durch Anreize verändert werden. Dass dies möglich sei, zeigten andere Städte wie Zürich oder Basel, die schon heute deutlich tiefere Anteile des MIV haben als Winterthur. Notwendig sei diese Veränderung auch, um die Klimaziele zu erreichen, die von der Stadtbevölkerung festgelegt wurden.

Schliesslich setzt der neue Richtplan auch im Bereich Wohnungsbau

Zeichen. Weil Winterthur nur einen Anteil von 11 Prozent an gemeinnützigen Wohnungen aufweist, wird im Richtplan für zukünftige Überbauungen ein Anteil von 20 bis 50 Prozent für kostengünstige Wohnungen festgeschrieben. Ein Anteil, der unter den früheren, bürgerlich dominierten Regierungen nie möglich gewesen wäre.

ÖFFENTLICHE AUFLAGE UND AUSSTELLUNG

Der kommunale Richtplan liegt bis zum 27. November bei der städtischen Verwaltung, Pionierstr. 3, 8400 Winterthur öffentlich auf. Während 60 Tagen können Parteien, Verbände, Vereine, aber auch Privatpersonen und Firmen Einwendungen einreichen. Die Inhalte des Richtplans sind auf stadt.winterthur.ch einsehbar, einzelne Aspekte werden zudem im 1. Stock der Stadtverwaltung mit einer Ausstellung vorgestellt. (me)

Kurzlink: https://t1p.de/rplan_winti



Arbeitgeber:innen müssen Reallohnverlust verhindern

Prämienexplosion, Mietpreisanstieg, steigende Lebensmittelkosten: Seit drei Jahren sinken in der Schweiz die Reallohne. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Andernfalls riskieren die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber:innen das Funktionieren unseres Service public.

Micha Amstad*

Die Preissteigerungen in den vergangenen drei Jahren sind enorm und für die lohnabhängige Bevölkerung stark spürbar. Im August 2022 wies der vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) publizierte Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) eine Teuerung gegenüber dem Vorjahresmonat von über 3,6 Prozent aus. Seit dreissig Jahren sind die Preise in der Schweiz nicht mehr so stark angestiegen. Übrigens ist davon auszugehen, dass die finanzielle Belastung für die meisten Haushalte hierzulande grösser ist, als es der LIK erahnen lässt. Und dies aus zwei Gründen: Einerseits unterschätzt er den Anteil der Miete an den gesamten Haushaltskosten bei Geringverdienenden. Bekanntlich erleben wir gerade einen massiven Anstieg der Mietkosten. Der Wohnkostenanteil wird also bei der Berechnung des Landesindex der Konsumentenpreise zu tief gewichtet. Andererseits werden die Kosten für die Krankenkassenprämien nicht in den Index miteinberechnet. Seit verganginem Dienstag ist klar: Die Haushaltsbudgets werden auch 2024 durch die Prämienexplosion massiv belastet. Je nach Kanton steigen die Krankenkassenprämien um bis zu 10,5 Prozent.

Steigen die Preise, die Löhne jedoch nicht, ist ein Reallohnverlust die Folge. Die Rechnung ist einfach: Wir alle arbeiten und leisten exakt gleich viel wie vor dem starken Teuerungsanstieg. Aufgrund der Pandemie und arbeitsmarktlicher Entwicklungen haben die Belastungen am Arbeitsplatz teilweise gar zugenommen. Und dennoch können wir uns von unserem tagtäglich erarbeiteten Lohn weniger leisten. Die Konsequenz für Haushalte mit geringem Einkommen und für mittelständische Familien sind stark spürbar, die Ausgaben müssen gedrosselt werden. Solche Entwicklungen sind denn auch volkswirtschaftlich problematisch, denn der sinkende Konsum wirkt sich negativ auf unsere Wirtschaftsleistung aus. Der Grund für die steigenden Preise ist besonders ärgerlich. Nicht etwa zu stark gestiegene Löhne führen zur Teuerung, sondern die Profitbegierde der Vermögenden. Der oberste Schweizer Preisüberwacher Stefan Meierhans spricht ob diesen Umständen gar von einer Gierflation. Im Endeffekt bedeutet dies nichts anderes, als dass wir mit der Reallohnneinbusse die Profite der Vermögenden bezahlen.

Gefordert ist einerseits die Politik. Es braucht zeitnah griffige Massnahmen, um die eklatante Steigerung der Mietpreise und Krankenkassenprä-

mien zu stoppen. Zudem müssen die Institutionen des Service public gestärkt werden. Die Stimmbewölkerung hat diesen Herbst die Gelegenheit, die linken und progressiven Parteien, und damit die Kräfte, die den Kaufkraftverlust auf politischem Weg bekämpfen, zu stärken. Andererseits jedoch, und das ist der wirksamste und bedeutendste Hebel, sind die Arbeitgeber:innen direkt gefordert. Der Ausgleich des Kaufkraftverlusts durch effektive und spürbare Lohnmassnahmen, einst eine Selbstverständlichkeit, muss gewährt werden.

Gerade die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber:innen sind unter Zugzwang. In Zeiten, in denen sich nicht mehr nach Belieben das notwendige Personal finden lässt, müssen die Arbeitsbedingungen stark sein. Dazu gehören faire und gute Löhne für gute Arbeit. Halten öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber:innen mit den Preisentwicklungen nicht Schritt, gehen sie ein untragbares Risiko ein: Sie finden nicht ausreichend Personal, um den Service public sicherzustellen. Zudem hat die öffentliche Hand Vorbildcharakter. Diese Verantwortung muss wahrgenommen werden.

Dies mag nach einem dystopischen Zukunftsbild klingen, ist aber bereits heute spürbar. In der Stadt Zürich beispielsweise bei den VBZ. Die zu dünne Personaldecke beim Fahrdienstpersonal, dem Rückgrat des öffentlichen Verkehrs, führt zu einer angespannten Situation. Dies spüren die Busfahrer:innen und Trampilot:innen deutlich, da sie immer wieder Dienste an arbeitsfreien Tagen übernehmen müssen, da ihre Kolleg:innen krankheitsbedingt ausfallen. Ein Teufelskreis, denn durch die zusätzliche Belastung steigen die gesundheitlichen

Nicht etwa zu stark gestiegene Löhne führen zur Teuerung, sondern die Profitbegierde der Vermögenden.

Risiken, was wiederum zu vermehrten Ausfällen führt. Spürbare Folgen hat dies aber auch für die Fahrgäste. Immer wieder fallen einzelne Kurse aus. Die Wartezeit auf den nächsten Bus oder das nächste Tram verlängert sich immer wieder. Anfang 2023 gipfelten die Umstände in der monate-

langen Einstellung des 15er-Trams. Zürich ist mit solchen Entwicklungen nicht allein. In St. Gallen kam es bei den Verkehrsbetrieben in den vergangenen Jahren zu Massenkündigungen. Auch hier sind die Löhne tief und der gewährte Teuerungsausgleich nahezu lächerlich.

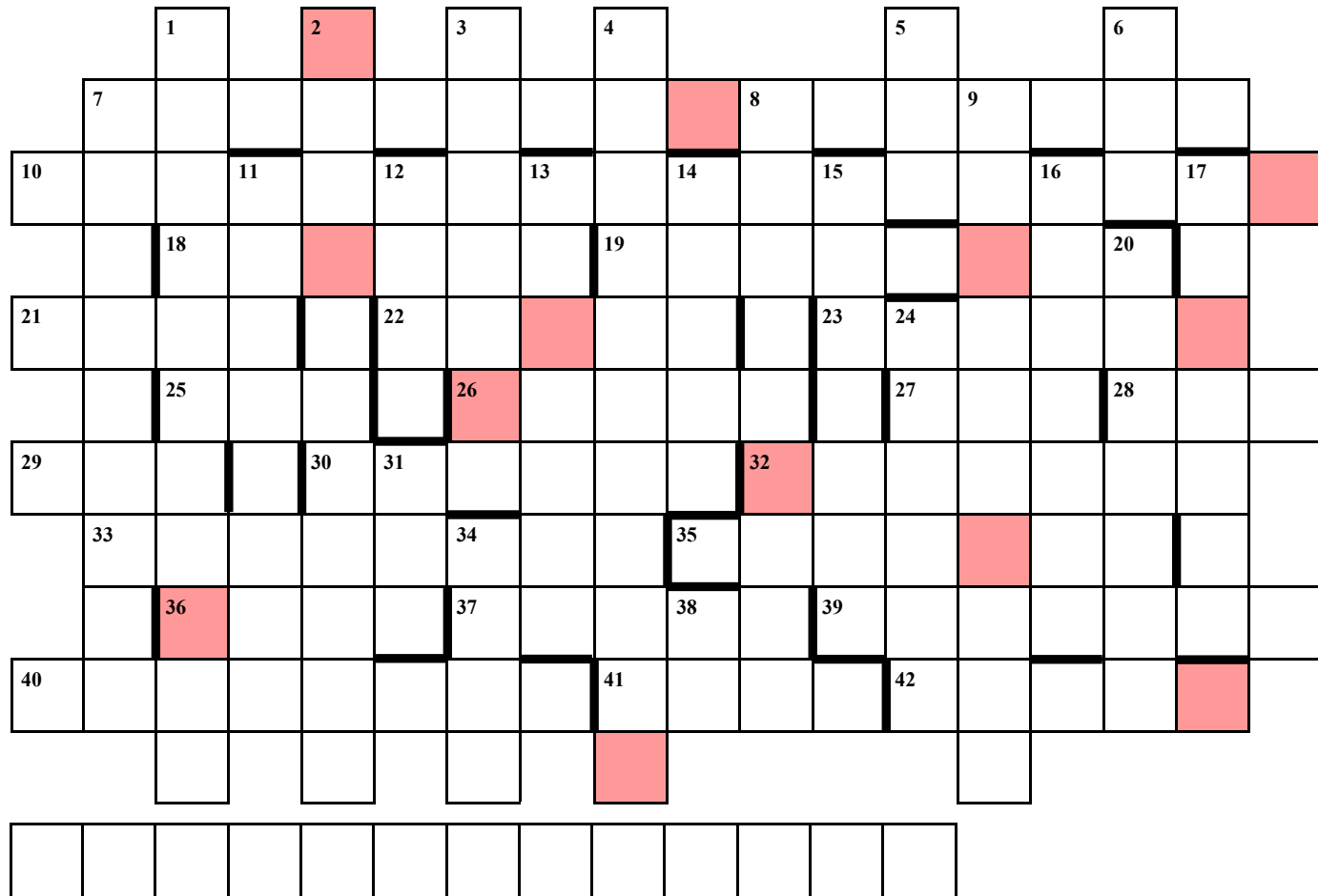
Leider beschränkt sich die Anspannung nicht nur auf die Nahverkehrsbranche. In den Spitälern fehlt es an Pflegepersonal. Der Grund: Die Fachpersonen brennen unter der Mehrbelastung aufgrund der knappen Personalbestände aus. Die Folge sind weitere Ausfälle. Und auch hier leiden nicht nur die Arbeitnehmer:innen. Die Wartezeiten in den Notfallzentren werden länger, die Qualität der erforderlichen Leistungen sinkt trotz des grossen Engagements des Personals. Ähnliches lässt sich im Bildungssektor beobachten. Wir erleben einen akuten Lehrpersonenmangel. Dies hat Auswirkungen auf die Bildungsqualität. Auch hier ist selbstredend nicht das Engagement des Personals ein Problem, sondern das enorme Arbeitsvolumen.

Die Erfahrungen aus dem letzten Jahr zeigen, dass die Arbeitgeber:innen leider nicht ohne weiteres dazu bereit sind, die Reallohnneinbusse bei den Arbeitnehmer:innen zu verhindern. Vielmehr wird es für das Personal unerlässlich sein, sich zu organisieren und adäquate Lohnmassnahmen zu erkämpfen. Das es dazu bereit ist, zeigen die starken Mobilisierungen der letzten Zeit. Vergangenen Sommer drohte das Zürcher Flughafenpersonal damit, zu streiken. Am Flughafen Genf kam es zu Beginn der Sommerferien effektiv zu einem Streik. Auch in den Streik getreten ist das Personal der Kantonsverwaltung Waadt Anfang diesen Jahres. Am 16. September versammelten sich zehntausende Arbeitnehmer:innen vor dem Bundeshaus zu einer Demonstration gegen die Reallohnneinbusse.

Die Arbeitnehmer:innen haben genug von Ausreden, weshalb der Kaufkraftverlust nicht zu verhindern sei. Wer kein weiteres Verständnis mehr hat für Ausflüchte, Fehlkalkulationen und Missmanagement, muss sich organisieren und für sein gutes Recht kämpfen. Mancherorts ist der Geduldsfaden bereits gerissen, an anderen droht dies in naher Zukunft zu geschehen. Die Arbeitgeber:innen, gerade die der öffentlichen Hand, sind in der Pflicht zu handeln. Andernfalls drohen weitere Destabilisierungen des Service public.

* Micha Amstad, Zentralsekretär VPOD

Welcher Staat in Afrika ist auch neudeutsche Art, Coffee zu bestellen?



Lösungswort (markierte Felder von oben links nach unten rechts, generell gilt $I = J = Y$): **Wer hierbei an verrückte Zahnärzte denkt, kennt sich nicht aus in italienischer Nationalgeschichte.**

Waagrecht:

7. Biergarten käme auch hin, wäre dann aber nicht Guy Parmelins Domäne. 10. Sein Tod: war sozusagen auch jener, des American Dreams. 18. Beim Leinwand-Kraftprotz sind nur die fahrbaren Untersätze frisiert. 19. Haben in Sachen Bürgerrechte oftmals die Zwei auch am Rücken. 21. Vermutlicher Baske hat alles und mehr zum Heerführer und Präsidenten selig der USA. 22. Liegt im steilen Gelände, oder was man dem Wetterfrosch gerne zurufen würde. 23. Die nur wenige auf dem Kopf, zahlreiche aber im Mund herum tragen. 25. Kurz, Gründung «vomene Schwab», gar nicht despektierlich gemeint. 26. Sind quasi ein Spiel, das Mond und Sonne mit der Erde treiben. 27. Die 31 senkrecht à Genève, weil Frankophone doch alles anders machen müssen. 28. Was anderswo nur Pkw ist unsereinem ein ganzer Bus. 29. «Könnten Sie das bitte

noch einmal wiederholen?», etwas salopper ausgedrückt. 30. Bekanntlich Berserkers bevorzugte Beschäftigung. 32. Der Ort bei Frauenfeld liest sich wie ein verrutschtes Implantat, ... 33. ... während jener bei Basel nur beinahe eine Mineralquelle beheimatet. 35. Die gedehnten Vokale lassen Leseschwache vielleicht in Entzückung verfallen. 36. Staat in Westafrika, falls nicht neudeutsche Art, Coffee zu bestellen. 37. Steckt irgendwie mit drin in Centreville. 39. Worüber Frontsoldat:in sich wohl am meisten freut. 40. Ist ziemlich konstant durch Konstanz unterwegs. 41. Paradox: Viele mögen ihn nicht, und trotzdem wollen ihn alle haben. 42. Lieber dort im Burgund Ferien machen, denn solche am Gefährt nachhause bringen. Den Talon zur Einsendung des Lösungswortes finden Sie auf Seite 8. Einsendeschluss ist am Dienstag, 10. Oktober um Mitternacht.

Senkrecht:

1. Vermiest den Ausflug, falls nicht einer, der an der Rennbahn sein Vermögen mehren will. 2. Destination für Rockfans, seins nun die Kreidefelsen oder das Festival. 3. Was zu Droste-Hülshoff vielleicht einfällt, oder – in zwei Worten – an was für Menschen wir gerne denken. 4. Keine Wasservogel, die Spezies, die im Reiche Putins so gut wie ausgestorben. 5. Seine Hilfe naht quasi im «gäle Wägeli», neu auch im gelben Helikopter. 6. Kurz, die hat das arme Deutschland nicht verdient, aber wir haben dafür Andreas Glarner. 7. Ein eher unappetitlicher Gedanke: Weshalb hiess sie früher auch Galgenvogel? 8. Sucht er die Naherholung im Maschinenpark? 9. Sind den sinnlichen Genüssen des Erdenlebens nicht abgeneigt. 11. Sei der, der den Besuch empfängt, damit die Angestellten ungestört arbeiten können. 12. Kurz für das Gebil-

de, das Putin scheinbar auferstehen lassen will. 13. Ist schön, etwa auf Kufen, an aus kann's übel enden. 14. Die Tränen seien jener der Gefühle. 15. Sozusagen die Mutter aller Ödipuskomplexe. 16. So lautet der internationale Kernspruch gegen menschengemachte radioaktive Zerfallsprozesse. 17. Wird die Führungskraft im eher wenig demokratischen Verfahren. 20. Ist leider sehr marktgängig in den Strassen von San Francisco. 24. Der rasende: falls keine Dampfbahn auf Rügen dann halt Epos-Held bei Ariost. 31. Kurz, die Welt an einen Tisch zu bringen ist halt kein Kinderspiel. 34. Den Beichtvater keinesfalls geil findet. 38. Die nicht mehr wirklich Top-Level-Domain, im Gebiet der ehemaligen 12 senkrecht.

Selbsthilfe



Die Eltern eines autistischen Sohnes weigern sich in «Wochenendrebellen» anzuerkennen, dass allein ein von der Gesellschaft separiertes Setting das Beste für ihr Kind sein soll.

Wenn Jason (Cecilio Andresen) überfordert ist, schreit er. Ohrenbetäubend und so lange, bis die von ihm als Unordnung oder Durcheinander empfundene Veränderung wieder rückgängig gemacht wird. Marc Rothemund (Regie) und Richard Kropf (Drehbuch) zeichnen eine auch für Eltern ohnehin bereits ausnehmend herausfordernde Situation, die allein dadurch noch einmal massiv verschärft wird, dass Jason in die Schule kommt. Also einen Betrieb und dessen Abläufe mit seinem Verhalten letztlich auch infrage stellt. Vater Mirco (Florian David Fitz) und Mutter Fatime (Aylin Tezel) haben sich aber geschworen, ihrem Erstgeborenen die grösstmögliche erdenkliche Stütze durch alle Böden hindurch zu gewähren, selbst wenn sie dabei selber an ihre Grenzen oder darüber hinaus gelangen würden. Eine Fachperson rät, Jason ein individuelles Hobby suchen zu lassen, was ihm potenziell ermöglichen würde, in Notlagen einen Rückzugsort der ihn emotional und intellektuell umgebenden Sicherheit zu bieten. Nur, wie erklärt jemand einem autistischen Achtjährigen,

worin etwa der Reiz eines Fussballspiels besteht, geschweige denn, worauf eine lebenslang tief empfundene Clubanhängerschaft fusst? Für Jason ist klar: Das Spiel widerspricht jeder Logik und ergibt ohnehin überhaupt keinen Sinn, der auf irgendeine Weise messbar wäre. Wozu sich also damit überhaupt abgeben? «Wochenendrebellen» basiert letztlich auf einem Vater-Sohn-Deal. Wenn, dann. Klug, wie Jason ist, lässt er sich darauf ein, sich für ein Fantum für einen Fussballclub zu entscheiden. Allerdings geht er auch diese Frage akribisch strategisch-logisch an: Bevor er sich für einen Club entscheiden kann, muss er zuerst jeden davon persönlich erlebt und gesehen haben. Von der ersten bis zur dritten Liga in ganz Deutschland. Erschwerend hinzu kommt: Jason lässt sich nicht anfassen, fährt weder Auto noch fliegt er, besteht situationsbedingt auf straffe Einhaltung von Mahlzeiten, die dann auch noch spezifischen Regeln unterliegen.

Der Film beruht auf tatsächlichen Erlebnissen, was nicht unerheblich ist, denn ausgedacht, wäre die Geschichte bodenlos unglaubwürdig. Vater und Sohn reisen also nach einem ausgelosten Rhythmus quer durch die Republik, um sich die Mannschaften und Fankurven auf deren Jason-Tauglichkeit hin zu überprüfen. Die filmische Umsetzung ist sehr zuckrig, aber weist in die Richtung, jeden Menschen in seiner Eigenart in jedem Fall ernst und für voll zu nehmen. *froh.*

«Wochenendrebellen» spielt in den Kinos Abaton, Capitol, Houdini.

Familienlegende

Die vielen Facetten an Reaktionen, die eine psychisch kranke Person bei anderen hervorrufen kann, fächert Niels Arden Oplev anhand einer Busreise nach Paris auf.

Die Pflegefachperson wie auch die Mutter von Inger (Sofie Gråbøl) haben, um es vorsichtig auszudrücken, Vorbehalte. Aber Ingers Schwager Vagn (Anders W. Berthelsen) und ihre Schwester Ellen (Lene Maria Christensen) sind wild entschlossen, Inger auf eine einwöchige Gruppenreise mit dem Bus nach Frankreich mitzunehmen. Schliesslich verlebte sie vor ihrer Schizophrenie-Diagnose während mehrerer Jahre ihre unbeschwerteste Zeit in Paris. Eine Depotspritze, Alltagsmedizin und eine gehörige Portion Notvalium in der Rückhand müssten es eigentlich Nichtfachpersonen ermöglichen, Inger trotz aller unvorhersehbaren Eventualitäten diese Freude zu bereiten. Abgesehen davon, dass Inger etwas gebückt geht, leicht biestig dreinschaut und mitunter missverständliche Äusserungen von sich gibt, verhält sie sich mehrheitlich sozialverträglich. An ihrer Intelligenz zweifelt ohnehin niemand. Aber die Mutter wird von einer Mischung aus Schuldgefühl und Überbehütung in einer Art Paralyse gehalten, die dazu führt, Inger schlechterdings überhaupt nichts zuzutrauen. Nun denn. Etwas über ein Dutzend Mitreisende

nimmt den Weg aus Dänemark unter die Räder. Einen Verbündeten findet Inger im kindlichen Christian (Luca Reichhardt Ben Coker), der als bald Dreizehnjähriger manch eine Reaktion der sogenannten gesellschaftsfähigen Erwachsenen im Mindesten als ebenso befremdend wahrnimmt, wie die auch als komisch lesbaren Anwendungen von Inger. Mit seinem herrischen, emotional sparsam ausgestatteten und ohnehin stets überspannten Vater Andreas (Søren Malling) teilt der Junge bereits sein ganzes Leben. Seine Mutter Margit (Christiane G. Koch) mischt sich nirgends ein. Es ist jetzt nicht so, dass in «Rose» eine allgemeine Problemlage im situativen oder zwischenmenschlichen Umgang komplett in Abrede gestellt würde, aber als neben Depression zweithäufigste psychische Erkrankung ist Schizophrenie auch sehr vielen Angehörigen bekannt, was es für viele erleichtert, sich einfühlsam gegenüber Inger zu verhalten. Wie etwa der Pariser Taxifahrer Nadir (Illyès Salah), der dank einer längeren gemeinsam verbrachten Zeit mit ihr endlich den Mut fasst, auf seinen eigenen Jugendfreund zuzugehen.

Das Statement dieses Feelgood-Movie ist vergleichsweise simpel: Im Falle der Möglichkeit, sich aufrichtig interessiert auf die jeweilige Eigenheit irgend einer Person einlassen zu können, erweitert sich die Lebensklugheit auf mindestens das Doppelte. Und Humor an sich kann erst im Austausch überhaupt entstehen. *froh.*

«Rose» spielt im Kino Movie.



Eine totgeglaubte Frau & die Gläubiger-Versammlung

Samstag, 30. September

11.00 DLF: **«Zeitzeugen im Gespräch.»** Gerwald Herter befragt den Journalisten Norbert Mappes-Niediek, ab 1991 freier Korrespondent für Südosteuropa.

16.00 SRF 2: **«CH-Musik.»** Junge Stimmen braucht das Land.

17.00 SWR: **«Zeitgenossinnen.»** Helena Janeczek, Schriftstellerin. «Mit historischem Personal zu operieren, ist ein Risiko», sagt sie, und geht dieses Risiko ein, wenn sie zum Beispiel die Kriegsreporterin Gerda Taro im Roman «Das Mädchen mit der Leica» agieren lässt.

19.00 SWR: **«KI-Mom.»** Science-Fiction-Serie von Serotonin. Heute: Chinesisch-Afrika und das schlafende Schloss in den Wolken.

20.00 SRF 2: **«Bon voyage, les fantômes.»** Hörspiel von Regina Dürig und Christian Müller. Endlich ihr Idol treffen, die Grande Dame der Philosophie: Dafür setzt sich eine junge Frau in den TGV nach Paris. Doch kaum im Gare de Lyon ausgestiegen, wird sie bereits von der Philosophie zurechtgewiesen. Es ist der Beginn einer Odyssee durch Cafés, die Metro und das feministische Denken – voller Humor.

Parallel beim DLF: **«Studio LCB.»** Gast im literarischen Colloquium Berlin ist Anne Rabe. In ihrem Roman über «Die Möglichkeit von Glück» griff sie als Debütantin eine Frage auf, die momentan sehr breit debattiert wird: Leiden die Ostdeutschen an einer gefährlichen Demokratieschwäche? Oder ist das eine Erfindung des Westens?



21.00 SRF 2: **«Talents.»** Ein Komponieren-Reigen in Musik unserer Zeit.

23.00 SWR: **«Schalter Licht Zimmer.»** Live-Hörstück von Albrecht Kunze. Produziert mit sieben Gästen im Stuttgarter Podcast Studio 13. Es soll um das (un)willkürliche Erinnern gehen. «Ist es das Erinnern, das die Erinnerung erschafft, oder die Erinnerung, die das Erinnern erst möglich macht?» Gleichzeitig beginnt beim DLF die Reprise einer vor zwei Jahren von Stefan Zednik produzierten Langen Nacht über die Liebe der Engländer zur deutschen Musik: «Dann bricht alles Gefühl mit Lebendigkeit hervor!»

Sonntag, 1. Oktober

8.30 SWR: **«Wir brauchen Regeln im Umgang mit der künstlichen Intelligenz.»** Jochen Steiner im Science Talk mit der Medienethikerin Jessica Heesen von der Universität Tübingen. Parallel bei SRF 2: **«Raus aus der Erschöpfung – rein ins Leben.»** Der «christliche Psychotherapeut» Jörg Berger, porträtiert von Judith Wipfler.

9.30 DLF: **«Melancholie als unergründliches Leid.»** Ein essayistischer Vortrag von Johannes Ullmaier, Literaturwissenschaftler und Poptheoretiker.

12.00 SWR: **«Die totgeglaubte Frau.»** Susan Kalmbach über Renatas zweites Leben. Diese kam im Pflegeheim plötzlich wieder zu Kräften, als ihr Hausarzt die Medikamente absetzte, sie konnte wieder klar denken, sehnte sich nach Eigenständigkeit, «fing ein komplett neues Leben an».

12.40 SRF 2: **«Musik für einen Gast.»** Lucien Leitess, Gründer Unionsverlag.

13.30 DLF: **«Zwischentöne.»** Musik und Fragen zur Person. Inge Kloepfer, Wirtschaftsjournalistin und Romanautorin.

14.00 SWR: **«Die Gläubiger-Versammlung.»** Oder: Eine bayerische Wallfahrt. Feature von Sibylle Tamin und Rainer Schildberger. Vor zwei Jahrzehnten produziert, laut Vorschau «formal hochinteressant», zumal es in den Bericht von einer Pilgerreise «dezent, aber verwirrend biografische und intime Snapshots einschiesst». Tausende pilgern Jahr für Jahr nach Altötting. Sie singen, sie beten, tragen Kreuze, Bibeln, Rucksäcke. Und eine Autorin sowie ein Autor gingen mit, aus unterschiedlichen Motivationen: Er hat Interesse an Spiritualität, sie ein Hühnchen zu rupfen mit ihrer katholischen Vergangenheit.

15.00 SWR: **«Zur Person.»** Der Autor und Komponist Frank Witzel. Vorgestellt von Bernd Künzig, Bekanntgeworden ist Witzel mit «Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969.» Für diesen Roman hat er 2015 den Deutschen Buchpreis bekommen. Doch der Autor ist auch ein klassisch ausgebildeter Musiker und weiterhin in diesem Bereich tätig.

16.30 DLF: **«Das Wir im Ich.»** Wie Kultur das Denken und Fühlen prägt. Forschung aktuell geht der These der Kanadierin Lisa Feldman-Barrett nach, wonach die Europäer und Nordamerikaner anders denken und fühlen als die Mehrheit der Menschen. Sie betonen das Individuum stärker als die Gemeinschaft, schauen eher auf Details, weniger aufs grosse Ganze.

18.20 SWR: **«Liebes Arschloch.»** Hörspiel in zwei Teilen nach einem Roman von Virginia Despentes. Rebecca, Schauspielerin, über fünfzig und immer noch recht gut im Geschäft. Oscar, dreivierzig, Schriftsteller, der mit seinem zweiten Roman hadert, und Zoé, noch keine dreissig, Radikalfeministin und Social-Media-Aktivistin. Die drei treffen nach einem verunglückten Instagram-Post aufeinander... Fortsetzung am 3. Oktober, gleiche Zeit!

20.00 DLF: **«Hunger.»** Warum Menschen beschliessen, nichts mehr zu essen. Feature von Patrick Batarilo.

23.00 SWR: **«Klänge vom Himmel.»** 100 Jahre Musik im deutschen Rundfunk. Essay von Werner Klüppelholz. Was im Konzert unmöglich war, erlaubte 1923 das Radio: beim Musikhören reden, rauchen, kochen. Doch es weckte auch Hoffnungen. Musik sollte als Tonkunst demokratisiert werden, den kulturellen Horizont weiten und das Image Deutschlands in der Welt aufbessern. Bei den Nazis sollte sie dann

das Volk einlullen; die Wirkung von Radiomusik war nie so intensiv wie im Zweiten Weltkrieg. «Heute geht die Angst um, das Kulturradio könne an Bedeutung verlieren. Dabei bräuchte es sich bloss an seine Möglichkeiten zu erinnern. Sie sind einzigartig, gerade bei Musik.»

Montag, 2. Oktober

8.30 SWR: **«Wie der Volkssport den Konflikt mit Pakistan schürt.»** Ronny Blaschke über Cricket in Indien.

14.00 SRF 1: **«Baschi 7, bitte mälde»** von Nikolai von Michalewsky. Angepriesen als Krimi-Kuriosität aus dem Archiv.

15.00 SWR: **«Mich, dich und die Welt bewegen.»** Frank Schüre über Lebensziele junger Erwachsener. Heute die letzte Folge.

19.15 DLF: **«Andruck.»** Das Magazin für Politische Literatur. Immer montags um diese Zeit.

21.00 DLF: **«Exit Exil.»** Ursula Mamluk und Bronislaw Huberman. Gesprächskonzerte der Reihe «musica reanimata». Diese will an die ab 1933 vom Nationalsozialismus aus dem Land gedrängten Kunstschaffenden erinnern.

Dienstag, 3. Oktober

8.30 SWR: **«Die Zukunft der Satellitentechnik.»** Science Talk mit Sabine Klinkner, Professorin für Satellitentechnik in Stuttgart.

9.30 DLF: **«Heimat.»** Essay von Markus Metz und Georg Seesslen.

10.00 SWR: **«Rose, die Müllerin.»** Lieder-Hörspiel von Julian Prégardien und Johannes Held. Musik: Fanny Hensel u.a. Eine zum Tag der Deutschen Einheit passende Premiere. Und von 16 bis 17 Uhr gibt's notabene zum Tag passenden Pop und Jazz.

11.00 DLF: **«Ostdeutsche Provinz.»** Niklas Ottersbach über Wiederbelebungsversuche in Sachsen-Anhalt.

14.00 SWR: **«Überleben.»** Die Kinderoper in Theresienstadt. Hörstück von Lisa Som-



merfeldt und Felicitas Ott. Am 23.09.1943 wurde die Kinderoper «Brundibár» von Hans Krása im KZ Theresienstadt uraufgeführt. 80 Jahre später erinnert ein fiktives Hörspiel daran.

15.00 SWR: **«Fluchtpunkt Deutschland.»** Vom Kriegsende bis zum Asylkompromiss. Gábor Paál im Archivradio-Gespräch mit dem Historiker Ulrich Herbert.

15.30 DLF: **«Zu einseitig?»** Antje Allroggen fragt nach, wie Medien über Ostdeutschland berichten.

17.00 und 22.00 SWR: **«Zeitgenossen.»** Aron Boks, Journalist und Buchautor. Lange war die DDR für ihn kein Thema. Bis seine Grossmutter ihm ein Bild seines Urgrossonkels Willi Sitte zeigte, einem der umstrittensten Maler des sozialistischen Realismus... «Was hat die ganze Geschichte mit mir zu tun?»

20.00 DLF: **«Ach du lieber Augustin, wie fröhlich ich bin.»** Hörspiel nach Texten von Inge Müller. «Gelernt hab ich / Was hab ich gelernt / Was nicht passt wird entfernt / Was entfernt wird passt. / Ich bitte mich zu entfernen.»

Mittwoch, 4. Oktober

15.00 SWR: **«Unter der Oberfläche.»** Christine Veenstra über Vreni Häussermann, eine Meeresbiologin, die um einzigartige Lebensräume bangt.

20.00 SRF 1: **«Alles wird gut.»** Polit-Comedy-Show mit Michael Elsener. Und bei SRF 2: **«Warschauer Herbst.»** Reportage von Moritz Weber in Musik unserer Zeit.

21.00 DLF: **«Und manchmal ein Lied aus Verzweiflung.»** Manfred Maurenbrecher besichtigt sein Frühwerk.

Donnerstag, 5. Oktober

8.30 SWR: **«Abschied vom Krieger-Mythos.»** Eberhard Reuss über Wikingerinnen.

20.00 DLF: **«Systemfragen.»** Zwangsadoptionen in der DDR. Wie gross war das Ausmass? Danach startet eine Podcast-Serie zur «Operation Kaffee», einen Versuch der DDR, in den 1980er-Jahren etwas gegen den Kaffeemangel im Land zu tun.

21.00 SWR: **«Transatlantik.»** Martina Seeber würdigt Charles Lindbergh in der Jetztmusik als den ersten Helden des Rundfunkzeitalters.

Freitag, 6. Oktober

8.30 SWR: **«100 Jahre Radio.»** Von der ältesten Tonaufnahme bis zur ersten Sendung. Gábor Paál befragt Hans-Ulrich Wagner vom Leibniz-Institut für Medienforschung.

10.00 DLF: **«Lebenszeit.»** Work-Life-Balance. Wie wichtig ist Zeitwohlstand für Sie?

15.00 SWR: **«Abgehört und überwacht.»** Das neue Geschäft mit Sprach-KI. Feature von Rebecca Ciesielski und Sammy Khamis.

20.00 DLF: **«Common Wealth.»** Alex Pascall und die Windrush Generation. Feature von Christine Nagel. Parallel bei SRF 1: **«Tannenklirren»** von Eva Strasser. Folge drei. Und bei SRF 2 dreht sich die Passage um «Geschmack in der Musik.»

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!

Bücher der Woche

Sprach-Räume



Ein Buch voller Sprachspiele und Fragen. Beispiele: Wie verändern Sätze die Wörter? Wie prägen Begriffe städtische Räume? «Wie spricht eine Antilope, ein Springhase... Wie spricht ein Hügel, ein Pflanzenstengel, eine Wurzel?» Was heisst überhaupt sprechen? Wie zeigt sich der Zusammenhang von Sprache und Macht? Ludwig Wittgenstein, Pierre Bourdieu, Gilles Deleuze und viele mehr werden zitiert und befragt.

«Prekäre Komplizenschaft» ist experimentell angelegt. Es entfaltet sich in sich verzweigenden Konversationen zwischen einem Mitglied des «Clubs der Begriffesammler» und einer Architektin. Dialogform und kurze Texte wechseln sich ab. Begriffe werden als räumliche Gestalten aufgefasst, sie sind flexibel und quicklebendig, je nach Gebrauch werden sie mitgeformt und umgeformt. Die Frage nach einer möglichen Sprach-Raum-Theorie wird gestellt, «in der – dies eine der Kniffligkeiten – jeder Mensch partiell anders tickt in seinen Sprachspielen als der andere».

Die Lektüre ist anregend, nicht immer verständlich, aber ideenreich und faszinierend.

Brigit Keller

Elisabeth Blum: **Prekäre Komplizenschaft.** Die Wörter, das Sprechen, die Stadt. Verlag Die Brotsuppe 2022, 172 Seiten, 34.90 Franken.

Stimmen

«Sam fragt mich, was mir hier ein Gefühl von Fremdheit gibt. Deine Stimme, antworte ich nach einer Pause.» Um Stimmen geht es in den Erzählungen von Maylis de Kerangal immer wieder. So wie in der mit Abstand längsten Erzählung «Mustang», in der Sam, Kid und die Ich-Erzählerin von Frankreich in die USA flüchten. Die Frau hat eine Totgeburt hinter sich und sie brechen für einen Neubeginn auf. Er studiert sehr eifrig, ist in ständigem Kontakt mit anderen, was man seiner Stimme (nicht nur dem Akzent) anmerkt, Kid geht in die Schule. Sie lernt endlich Autofahren, erhält einen Mustang und kurvt damit in den Vorstädten von Detroit und in der weiteren Umgebung herum, bis sie einen Unfall erleidet. Die Geschichte hat, wie die anderen Erzählungen, kaum eine



Story, es ist kaum eine soziale Studie, schon gar nicht spannend, und dennoch liess sie zumindest mich nicht so schnell los. Weil sich Stimmen und Stimmungen kaum merklich, aber eindeutig verändern, weil es mitunter nicht nur symbolisch leicht unheimlich werden kann, ohne dass wirklich etwas Unheimliches passiert. Für

mich eine Entdeckung, ob für andere weiss ich nicht. *kl.*

Maylis de Kerangal: **Kanus.** Suhrkamp Verlag 2023, Übersetzung Andrea Spingler, 164 Seiten, 33.90 Franken.

Covid

Der griechische Autor Petros Markaris präsentiert eine Reihe von Erzählungen, die sich um Covid bei den Alten drehen. Die Hauptgeschichte des Buchs: Sein Kommissar Charitos ermittelt von zu Hause aus, weil er in Quarantäne ist, und muss sich nun auch noch 24 Stunden mit seiner Adiani arrangieren. Für beide ist die Zweisamkeit in der Wohnung zunächst eine Belastung, auch weil sie



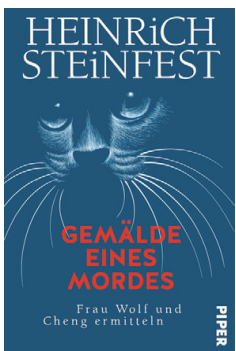
ihren Enkel kaum mehr sehen dürfen. Dazu ist der Fall brisant, wurde doch eine bekannte TV-Sprecherin vor ihrer Haustüre ermordet. In einem weiteren Fall unterschreibt der Täter mit «mein Name ist Covid».

Dazu kommen Geschichten ohne kriminellen Bezug. Die Schönste: Zwei Obdachlose verlieren ihre Stammpätze und wegen

der Covid-Massnahmen auch die Möglichkeiten, sich Nahrung zu suchen. Sie landen schliesslich in der Nacht in einem geschlossenen Möbelgeschäft, dessen Besitzer auch alt ist und wegen Covid seine Familie nicht mehr sehen darf. Sie befreunden sich, finden ein altes Haus, das sie von einem Alten abkaufen, der mit ihnen dort einzieht, was eine Alters-WG ergibt, die sich durch den Schutz von Alten, die zu ihrer Vereinsamung führte, fanden. Kitschig, aber schön. *kl.*

Petros Markaris: **Das Spiel mit der Angst.** Aus dem Neugriechischen von Michaela Prinzinger. Diogenes 2023, 224 Seiten, 33.90 Franken.

Krimi der Woche



Der in Wien lebende Zoologe Oliver Roschek ist auf einer Forschungsreise in Australien verschwunden. Im Hotel ist er angekommen, sein Koffer blieb zurück, von ihm keine Spur. Roschek hat während Jahren die australischen Nacktnasenwombats erforscht und ein Buch geschrieben, «Meine Zeit mit

Toby». Roschek ist gutaussehend, seine Frau einiges älter und wohlhabend. Die Annahme, dass hinter dieser Tatsache etwas stecken könnte, was zur Lösung des Falls führt, ist zwar naheliegend, aber irreführend. Wie so vieles, was Heinrich Steinfest in diesem siebten und vielleicht letzten Fall des einarmigen Ermittlers Cheng zusammenfabuliert.

Roscheks Frau lässt ihren Mann vom bewährten Detektivduo Frau Wolf und Cheng suchen. Die beiden ermitteln seit Jahren gemeinsam, lange war der einarmige Cheng der Detektiv und Frau Wolf seine Assistentin, jetzt sind die Rollen getauscht, weil in Chengs Kopf ein Ding wächst und sich unangenehm bemerkbar macht. Ausser Cheng und Frau Wolf sind die meisten der Protagonist:innen nicht diejenigen, welche sie vorgeben zu sein und die Bösen ganz ungeniert böse. Und Frau Wolf gibt auch nicht viel von sich preis, auch nicht ihren Vornamen. Sie fährt schnell Auto, kombiniert im Nu und ist auf ihr gutes Aussehen bedacht: «Da mochte die Welt untergehen, Frau Wolf wollte ganz sicher mit perfekter Frisur diesen Untergang erleben. Das war ihr Stil, und das war ihr Recht.» Markus Cheng ist durch und durch ein Wiener, umfassend gebildet und auch er immer elegant und passend gekleidet.

Das Lesevergnügen in diesem Fall ruht in all den unglaublichen und nicht zwingend notwendi-

gen Umwegen von Wien nach New South Wales, zum Grund des Südpazifiks und weiter nach Hamburg in die Elbphilharmonie. Der Schlüssel zur Lösung steckt in einem USB-Stick, der sich nur über eine einzige passende Buchse öffnet. Und die ist in einen ganz speziellen Pingpong-Tisch eingebaut in einem Haus in Australien, nicht weit entfernt von der Höhle des Nacktnasenwombats Toby, in dessen dickem Fell der USB-Stick versteckt wurde.

Freude bereiten mir auch die sprachlichen Kapriolen und ungewöhnlichen Formulierungen. So hält Cheng Zufälle (die im Buch eine grosse Rolle spielen) «für eine Art Rückstoss aus der Zukunft». Und während einer Taxifahrt herrscht «eine Ruhe, als seien es die Worte selbst, die gerade nicht wussten, wie sie hiessen».

Sibylle Elam

Heinrich Steinfest: **Gemälde eines Mordes.** Frau Wolf und Cheng ermitteln. Piper 2023, 281 Seiten, ca. 21.50 Franken.

Ermächtigung

Ursina Greuel erweist sich einmal mehr als begnadete Arrangeurin von Inhalt und Form.

Die anfänglich raumfüllende Stimme kommt von ganz tief unten und steigert sich bis über die Kopfstimme hinaus bis in ein nur noch hervorwürgbar hohes, kaum mehr vernehmbares Krächzen. Ein Sinnbild für Göttinnen, das während der performativ-konzertanten Würdigung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für sieben Stimmen und zwei Klangerzeuger:innen «Mensch, du hast Recht!» im Sogar Theater die Zerrissenheit zwischen der immensen Bedeutung dieser dreissig Artikel und deren latenter Gefährdung in der politischen Realität als ewige Dissonanz in Szene setzt. Der Abend vergegenwärtigt den historischen Kampf um diplomatische Spitzfindigkeiten in der Formulierung, die nicht zu überschätzende Teilhabe von Frauen und geht trotz der mehrheitlich emotional eindringlichen Ermahnung auch dra-



(Bild: Xenia Zezzi)

maturgische Wagnisse einer Grenzwertigkeit ein, schreckt also auch auf, womit das Wohlgefühl einer Sonntagspredigt subversiv unterwandert wird. Will heissen, das Projekt geht weit über einen rein bestätigenden Trost der Gewissheit um die eigene Rechtschaffenheit eines Publikums hinaus, sondern fordert zudem alle einzelnen dazu auf, neben der Zurkenntnisnahme dieses humanistischen Regelwerks auch die kontinuierliche Arbeit an der Selbstreflexion des eigenen Handelns zu beherzigen. Letztlich vermittelt diese kurze Stunde Einhalt den Zuhörer:innen, welche ausgeprägte Macht in allen Einzelnen steckt und lädt bis zum Drängen dazu ein, sich dessen nicht nur gewahr zu werden, sondern sich ihrer auch zu bedienen. Im ganz profanen Alltag noch mehr als bei Sonntagsreden für die Galerie. Die Tonspur von Anna Trauffer ist mehr Rhythmus, der den der Sprache bestärkt. Es ist ein Lehrstück zur Selbstermächtigung, ein Mahnmal der Eigenverantwortung und eine dringende Bitte, dem Humanismus den ihm gebührende Stellenwert einzuräumen und zu verteidigen. Eine von einem Tränchen sekundierte Schauer lässt sich nicht verhindern. *froh.*

«**Mensch, du hast Recht!**», bis 15.11., Sogar Theater, Zürich.

Entrückt

Bei Lukas Linder entfremdet die Bildungsbesessenheit den Menschen von der Empathie.

Pauls (Philipp Seidler) Eitelkeit wurde nach seinem literarischen Erstling dermassen eindringlich flattert, dass er sich, getrieben vom medialen Auftrieb eines offenbar bestehenden Starbedürfnisses nach neuen überragenden Intellektuellen, in eine altkluge Selbstgenügsamkeit versteigt, worin er jeden Bezug zu(m) realen Menschenleben verliert. Einer der Gipfel in Lukas Linders «Wir verstehen uns» ist Pauls bitterliche Wohlstandsklage über das lästig werdende Bedürfnis seines Lebenspartners Lars (Miloud Genova), plötzlich einen eigenen Standpunkt vertreten zu wollen. In die Überheblichkeit der aus lauter Empörung über die unlängst öffentlich manifest gewordene Missbilligung ihrer selbst empfundenen Genialität völlig aufgelöste ehemalige Deutschlehrerin Frau Brunner (Maria Fitz, grossartig), stimmt er mit der sie bestärkenden Klage ein: «Bis vor Kurzem waren wir so klüglisch. Ich redete, er hörte zu.» Zwei sichtlich wohlhabende Bildungs- wenn nicht gar Herkunftsprofiteur:innen bestärken sich gegenseitig im Beweinen der sich verändernden Gesellschaft, in der sich Proleten, um nicht gar von gefühlten «Untermenschen» zu reden, erdreis-



(Bild: Benjamin Hadad)

ten, die allein ihnen zustehende Deutungshoheit aus einer Elfenbeinturmkunstkapel hinaus und vor allem hinab mit Widerworten, jawoll Widerworten, in Zweifel zu ziehen und aus einer daraus erwachsenen Logik Handlungen und sogar Forderungen abzuleiten. Vous vous imaginez? Was der alternden Germanistin konkret zum Vorwurf gemacht wird, sie ihre Stellung gekostet hat und gerade in den sogenannten Sozialen Medien viral geht, ist hier viel weniger von Belang als die Art, wie die zwei aus ihrer snobistisch-egozentrischen Umlaufbahn hinauskatapultierten Irrlichter auf die sich veränderte Gemengelage reagieren. Miriam Lustig orientiert sich in ihrer Inszenierung an einer Tischbombe, deren Inhalt immer schon bis zur Versteifung komprimierte Kaltluft war. *froh.*

«**Wir verstehen uns**», bis 1.10., Theater Stok, Zürich.

Mimimi

Corona-Gejammer aus einer Warte der deutschsprachigen Stadttheaterbubble.

Etwas tatsächlich ein Hochgefühl entwickelnd dabei zuzusehen, wie es sich selbst abzuschaffen im Begriff befindet und anscheinend höchstselbst eine diebische Freude daran empfindet, wäre dann doch eher die Schublade für niederere Instinkte. «Bühnenbeschimpfung» von Sivan Ben Yishai möchte gerne Peter Handkes provokante Sprengkraft entwickeln, dümpelt dafür aber zu sehr im selbstrefenziellen Mimimi daher, und nährt darüber hinaus leider gleich auch noch Befürchtungen über ein im Mindesten windschiefes Selbstverständnis der aktuellen Theaterleitung der Winkelwiese. Der schwerfällige Tanker Stadttheater, der hier wortreich als in vielerlei Hinsicht zeitgemäss demontiert wird, befindet sich meines Wissens schräg gegenüber, hinter dem Kunsthaus. Ja mei, würde Verena sagen. Julia Skof lotst Martin Butzke, Oriana Schrage, Annina Walt und Kilian Land entlang des Textes, der für sich in Anspruch nimmt, von einer analytischen Trefflichkeit getragen zu sein, die zeitgleich direkt ins Gewissen eines saturierten Publikums zielt, wie es den Schauspielberuf als ein Dasein in einziger Misere beklagt und als Lösung für den gordischen Knoten eine Mé-



(Bild: Laura Kaufmann)

lange aus Ätschibätschitrotz und dem Schuss ins eigene Knie vorschlägt. Die vier Darsteller:innen vermögen der grösstmöglichen Vermeidung von Emotion, Stringenz, Dringlichkeit offenbar eine Art Galgenhumor abzugewinnen, so zumindest liesse sich die Disparität zwischen ihren vielsagenden Blicken und ihrer eifrigen Pflichterfüllung interpretieren. Vermutlich ist mal wieder ein reziprok berührungsfreier Humor dafür verantwortlich, dass das publikumsseitig zu hören gewesene Gelächter über die Hampelpersonenperformance des Ensembles den Kritiker nicht dafür begeistern konnte, über die Anhäufung unbedarfter Belanglosigkeit des Inhalts hinwegzusehen und sich mit einem Feu-sacré-Platzhalter zu bescheiden. Weil: Subversion giert es nach Chuzpe. *froh.*

«**Bühnenbeschimpfung**», bis 15.11., Theater Winkelwiese, Zürich.

Gegendruck

Die erste Generation baut auf, die zweite bewahrt und die dritte setzt in den Sand.

Vierhändig friemeln Lukas Waldvogel und Hanna Eichel am Metronom herum und versammeln in ihrer Eilfertigkeit beinahe das Ziel: Die Zeit anhalten, den Fortschritt stoppen, dem Dasein überhaupt einen selbstbestimmten Takt verleihen. «Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit», flüstert eine raumfüllende Verheissung, während er, sein Neugeborenes im Arm, den plötzlichen Muttertod beweint und über der scheinbaren Ausweglosigkeit der Zukunft zu verzweifeln droht. Der Radikalismus in Dennis Kellys «Der Weg zurück» steigert diese grösste Not bis ins Fantastische, denn er beschliesst eine komplette Abkehr von der Welt und wird durch seine unerbittliche Konsequenz zusehends zur neuen Leitfigur einer Bewegung, die das Heil in einer wahnhaften Ursprünglichkeit vermutet. Das Stück macht Generationensprünge. Die unterdessen erwachsene Nächstfolgende raffiniert das Verzichtsdogma und baut es aus, entwickelt ganze Kataloge von Regeln, Verboten und Vergeltung. Die Sprache wird im Wortsinn einsilbig, das Sozialverhalten tierisch, die Freiheitsvorstellung uniform. Der kindliche Spieltrieb und die Wissbegier sind es, die ohne eine Vorstellung über die



(Bild: Xenia Zezzi)

Konsequenzen eine Fantasie entwickeln, die all die mühsam errungene gelebte Umsetzung einer totalen Rückwärtsgeandtheit konterkarieren und insgeheim sichtlich freudvoll ihrem instinktiven Forschungstrieb nachgeben und unbewusst die Kultur entdecken. Paula Lynn Breuer inszeniert ihr eindrückliches Schauspielduo während ihrer wachsenden Entfremdung zwischen instinktivem Naturell und beabsichtigter Zuwerdung sichtbar physisch. Parallel zur Reduktion in Richtung Nullpunkt erwächst ein sich in zunehmender Zielnähe immer wesentlicher manifestierender Gegendruck, dem Dasein mehr als ein blosses Vegetieren abzutrotzen. Irgendwann später wird wohl die neu entdeckte Lebenslust auch noch zu einer neuen Aufklärung zurückfinden... froh.

«Der Weg zurück», bis 8.10., Kellertheater, Winterthur.

Selbstschutz

Eine Begegnung erschüttert die aus Furcht vor dem Leben selbstauferlegte Solitärrolle.

Selten ist ein Beleg für das Bonmot Worte sind Schall und Rauch eindringlicher, aber auch nicht hinterhältiger ein Publikum dabei sich selbst ertappen lassend, wie es sich freudig in die Irre hat führen lassen, in ein Kammerpiel übersetzt, das entsetzlich verstörend wie melancholisch herzerwärmend zugleich forsch seinen Platz reklamiert, zu erfahren, wie dies Beatrice Steblers «Die Bank» auf den Punkt zu bringen vermag. Während Anna Trauffers wohlige warme Stimme zu ihrem Kontrabass für eine Weltabgewandtheitssehnsucht mit David Bowies «Space Oddity» wirbt, blafft die burschikos-energische Ruth Schwegler als Ruth die neu ankommende Sofia Elena Borsani als Meret an, dieser Platz wäre besetzt. Und überhaupt aller potenzielle Seelenfriede ruhe allein auf der Hoffnung eines in einer ungewissen Zukunft vielleicht doch noch eintreffenden Ereignisses, weshalb sie bis dahin sowieso jede Ablenkung von diesem Fokus entschieden ablehne. Mit ihren blonden Locken und ihrer elegant-grazilen Erscheinung und ihrer freundlichen bis zutraulichen bis übergriffigen Figur erinnert Sofia Elena Borsani an die Materialisierung eines engseligen Zeichens,



(Bild: Martin Guggisberg)

das sich von weit ausserhalb zu Ruths abgeschlossenen Kokon gesellt und bei der Befreiung aus dessen harter Kruste dienlich sein will. Keineswegs absichts- oder gar bedingungslos, wie sich in den sich täglich wiederholenden und nur marginal verändernden Dialogen während der Treffen auf der titelgebenden Bank herausstellen wird. Denn auch Merets eigenes Seelenheil hängt davon ab. Die beiden Frauen aus verschiedenen Generationen sind sich nur in der Form der Dringlichkeit ihrer Motivation noch nicht eins, welche Heftigkeit sie während ihrer hochriskanten und doch ersehnten Selbstbefreiung für gerade noch aushaltbar ansehen. Eveline Raterings Schauspielereinführung arbeitet die kleinen Unterschiede hervor und schafft mittels Zwischenräumen Groses. froh.

«Die Bank», 24.9., Sogar Theater, Zürich.

Unwohlsein

Die besänftigende Bestärkung der Ahninnen verkehrt sich in der Realität zur Bedrohung.

Die Augmented-Reality-Brillen führen einen in «Clash – Digitale Auferstehungen» zuerst in eine bestärkend wohlige Welt der Durchschlagskraft von (weiblicher) Selbstermächtigung. Der viestimmig versicherte Beistand von der im eigenen Körper gespeicherten Erinnerung mächtiger Vorfahrinnen wie der ägyptischen Pharaonin Hatschepsut und deren Beteuerung, es bestünde kein Anlass zur Furcht vor einem Jenseits, zielen in Richtung einer Siegesicherheit, auch das Leben böte als Füllhorn genussvoll gelebter Selbstermächtigung einen Reichtum, eine würdevolle Schönheit und anscheinend grenzenlose Möglichkeiten, die jede bereits in sich trage und nur zu wecken brauche. Nach einem kurzen Umbau zeigen die vielen Leitern auf der Bühne in alle Richtungen, hauptsächlich aber nach oben. Nora



(Bild: Remo Hexspoor)

Amin und Irina Kastrinidis verkörpern jetzt mit Hatschepsut, Jackie Onassis Kennedy und Jeanne d'Arc (deutsch, englisch, arabisch) drei Frauen mit einer grossen Machtfülle respektive Wirkung aus der Historie, die dann aber alle während ihrer intimen Selbstgespräche über die Schattenseiten ihres Daseins eine trotzdem alles dominierende Abhängigkeit vom Mann beklagen. Egal, ob in der kompletten Ablehnung eines überhaupt zu ihm in Beziehung Tretens von Jeanne d'Arc oder einer bitterlichen Klage von Jackie O. ihrer einzigen, sie je erfüllenden Liebe zu JFK vorzeitig beraubt worden zu sein oder der Schilderung der Pharaonin, die ihre militärische Macht erst mit der äusserlichen Anpassung an einen männlichen Gestus und Habitus überhaupt durchzusetzen vermochte und darüber ihr innigstes Begehren zu einem im Stand weitaus Niedrigeren niemals auszuleben in der Lage war, bei allen dreien führten weder Insignien noch Bewunderung noch Heiligsprechung zur persönlich als Glück empfundenen Erfüllung. Anscheinend besteht jedes Frauenleben nur in einer Relation zum Mann oder dann immerhin zu einer geliebten Person. froh.

«Clash – Digitale Auferstehungen», bis 30.9., Fabriktheater, Zürich.

Über Toleranz

Manchmal passiert es mir immer noch, dass ich fast schon körperlich leide, wenn ich bestimmte Artikel lese. Zum Beispiel all diesen Quark betreffend Toleranz, und dass nur politisch eingemittete Menschen dazu fähig seien. Meist wird dabei nicht wirklich definiert, was unter dieser ominösen Toleranz überhaupt zu verstehen ist. In wissenschaftlichen Studien wird zwar die Literatur zusammengetragen, aber sie wird nicht verarbeitet. Was herauskommt, geht über die Aussage, dass extreme Ansichten tendenziell intolerant seien, kaum hinaus, wobei tunlichst vermieden wird zu begründen, warum, weil man die inhaltliche Debatte ja weglässt. Ist ja nicht wissenschaftlich. Und so passiert es, dass eine extreme antisemitische Haltung zum Beispiel einer extremen Haltung in der Klimafrage gleichgesetzt wird. Logo, ist ja beides extrem. Was das ist, wird dann etwa in einer «objektiven» Zehner-Skala wiedergegeben, wobei diese auf Eigendeklaration beruht, was bedeutet, dass alle, die keinen Arsch in der Hose haben, behaupten, sie lägen bei 5. Also gutschweizerisch. Also genau das, was die Wissenschaft «sozial erwünscht» nennt. Was auch erklärt, warum bei den Klimaklebern dann plötzlich alle wieder intolerant sind.

Dirk Baier vom ZHAW-Institut für Delinquenz und Kriminalprävention lieferte unlängst eine abschliessende Studie zum Thema. Dort fasst er auch die aktuellen Erkenntnisse zur Definition von Toleranz zusammen,

und man muss schon sagen: Das ist sehr entlarvend. Aus dem einfachen Grund, weil kaum eine Definition zu genügen weiss. Toleranz wird zum Beispiel sehr oft mit «Duldung» gleichgesetzt. Aus dieser Sicht muss ich sagen, dass ich als Linker gewaltig tolerant bin, weil ich schon seit mehr als

Aus dieser Sicht muss ich sagen, dass ich als Linker gewaltig tolerant bin, weil ich schon seit mehr als einem halben Jahrhundert die bürgerliche Mehrheit in diesem Land klaglos erdulde.

einem halben Jahrhundert die bürgerliche Mehrheit in diesem Land klaglos erdulde. Naja, fast klaglos. Erdulden ist allerdings noch lange nicht tolerant. Aussagen wie «Wir dulden Flüchtlinge, solange sie uns nicht stören» illustrieren das. Und ja, links und rechts sind da nicht gleich. Aber ob etwa die wissenschaftlich belegte Erkenntnis, «je mehr rechts, desto homophober» dazu beiträgt, die Toleranz auf der rechten Seite des Politspektrums zu beweisen, oder ob die rechte Toleranz Putin gegenüber wirklich so vorbildlich ist: Naja. Baier belegt

in einer anderen Studie über Schweizer Jugendliche auch, «dass die Affinität zu linken Parteien der Schweiz mit niedrigerer Zustimmung zu ausländerfeindlichen, muslimfeindlichen und antisemitischen Einstellungen einhergeht.» Aha. Daher sind Schlagzeilen über die linke Intoleranz nicht mehr, als was sie sind: Wahlkampf.

Dabei sind sie natürlich voll korrekt! Ich gestehe hiermit, ich bin fanatisch intolerant, weil ich eine ganze Menge nicht dulde, etwa, dass man im Namen des Mammons unser Klima zerstört, oder dass man im Namen des Herrn Kinder fickt, und so weiter: Ich könnte Seiten füllen mit meiner Intoleranz. Aber lassen wir zum Schluss doch lieber nochmals Dirk Baier zu Wort kommen. Sein Fazit: «Politisch «links» eingestellte Befragte sind nicht konsistent intoleranter eingestellt als politisch «rechts» eingestellte Befragte. Im Gegenteil gilt, dass eine «(eher) linke» politische Orientierung mit einer stärkeren Befürwortung verschiedener Bevölkerungsgruppen einhergeht und insofern als toleranzsteigernd einzustufen ist.» Aber auch er sagt: «Die Toleranz links-orientierter Befragter ist tatsächlich begrenzt.» Und das finde ich sehr gut so. Ich nenne es: Haltung zeigen.



Markus Kunz

Reklame

**FÜRS KLIMA
GRÜNE WÄHLEN**

AM 22. OKTOBER IN DEN NATIONALRAT
DANIEL LEUPI IN DEN STÄNDERAT

V.L.N.R.: MERET SCHNEIDER, BALTHASAR GLÄTTLI,
KATHARINA PRÉLICZ-HUBER, BASTIEN GIROD, ANNA-BÉATRICE
SCHMALTZ, DANIEL LEUPI, MARIONNA SCHLATTER